Grundsatzerklärung der KPD/ML
Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 37 vom 11. September 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

HDW/Kiel: Kollegen empört über drohende Entlassung ihrer Betriebsräte

Polizeieinsatz gegen Rote Betriebsräte auf der Werft

Howaldtswerke-Deutsche-Werft Kiel — Das Landesarbeitsgericht hat in zweiter Instanz entschieden, daß der Kommunist Bernd Woitalla, von den Kollegen zu ihrem Roten Betriebsrat gewählt, die Werft nicht mehr betreten darf. Noch am selben Tag erhalten die anderen drei Roten Betriebsräte ein Schreiben der HDW-Kapitalisten, in dem ihnen ebenfalls das Betreten der Werft verboten und ihre Entlassung angekündigt wird. Einen Tag später versammeln sich um neun Uhr morgens am „Container" auf dem Werksgelände rund fünfhundert Kollegen. Sie warten auf die Roten Betriebsräte. Als es ihnen trotz der doppelten und dreifachen Kontrollen der Kapitalisten an den Toren, obwohl sogar die Kofferräume der Autos durchsucht werden, gelingt, auf die Werft zu kommen und über Megaphon zu den Kollegen zu sprechen, werden sie spontan mit Beifallklatschen begrüßt.

Kommunisten auf der Werft und dazu noch im Betriebsrat, das hatten die Kapitalisten und ihre Handlanger, die Vertreter des arbeiterfeindlichen IG-Metall-Apparates, die reaktionären Betriebsratsbonzen um den Vorsitzenden Otto Böhm und die modernen Revisionisten der D„K"P, von Anfang an verhindern wollen. Und jetzt mußten sie erleben, daß die Kollegen voller Empörung auf das Werftverbot und die drohende Entlassung der vier Roten Betriebsräte reagierten und nicht bereit waren, diesen Angriff kampflos hinzunehmen.

Noch bevor die Betriebsratswahlen im April 1975 überhaupt stattgefunden hatten, aber nachdem die Kandidaten für die Rote Liste schon aufgestellt waren, entließen die HDW-Kapitalisten den Genossen Bernd Woitalla. In ihrer Entlassungsbegründung für die Arbeitsgerichtsverhandlung vor der zweiten Instanz schrieben sie: Bernd müsse entlassen werden, weil er aufgrund seiner Gesinnung im Ernstfall als Anführer eines Streiks in Frage komme. „Aufgrund seiner Gesinnung", damit zeigten die Kapitalisten, worauf es ihnen ankam. Bernds Gesinnung ist, ebenso wie die der anderen Roten Betriebsräte, auf der Werft jedermann bekannt. Bernd ist Kommunist, er kämpft mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution.

Deshalb erklärten er und die anderen Genossen der Roten Liste in ihrem Programm den Kollegen, daß sie sich niemals auf den Boden der „vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Kapitalisten, wie es das Betriebsverfassungsgesetz fordert, stellen werden. Sie zogen einen klaren Trennungsstrich zum reaktionären, arbeiterfeindlichen IG-Metall-Apparat und den modernen Revisionisten der D„K"P und propagierten die Notwendigkeit des Aufbaus der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Die Kandidaten der Roten Liste erklärten, daß sie nicht daran denken, nach der Wahl in den bequemen Betriebsratssesseln zu versacken, sondern im Gegenteil alles tun würden, um gemeinsam mit den Kollegen den Kampf gegen die tägliche Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalisten zu organisieren. Sie kündigten an, alle Schweinereien der reaktionären Betriebsräte und der D„K"P-Revisionisten ans Tageslicht zu zerren.

Fast ein Viertel der Kollegen, die sich an der Wahl beteiligten, stimmten für die Rote Liste und ihr revolutionäres Programm. Sicher, viele Kollegen waren noch nicht mit allen Punkten des Programms einverstanden. Aber wie viele Kollegen hatten nicht schon die reaktionären Betriebsräte der Liste der IG Metall verflucht, weil sie mit den Kapitalisten zusammenarbeiteten, weil sie sich arrogant aufführten und auf die Arbeiter herabblickten, weil sie, anstatt für wirkliche Lohnerhöhungen zu kämpfen, die Arbeiter



Ein Roter Betriebsrat spricht über Megaphon zu seinen Kollegen, die sich aus Protest gegen die geplante Entlassung versammelt haben.

Fortsetzung auf S. 4, Spalte 3

Grossveranstaltung der KPD/ML in Essen



Über 800 Menschen besuchten die Veranstaltung zur Grundsatzerklärung der Partei. Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete die Rede des Genossen Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML. Auszüge aus dieser Rede sind auf der Seite 3 abgedruckt.

Warum am 3. Oktober wählen?

Wahlen ändern nichts

Bald, am 3. Oktober, ist es wieder soweit: Bundestagswahl. Wie alle vier Jahre wieder werden viele in die Wahllokale gehen, um ihre Stimme abzugeben. Aber mal Hand aufs Herz, warum denn eigentlich?

„Warum? Dumme Frage", werden viele sagen, „ich erfülle halt meine staatsbürgerliche Pflicht wie jeder andere auch. Und schließlich, ich will doch jemand da oben sehen, der meine Interessen vertritt, der macht, was ich will, was mir so vorschwebt."

Sicher, nur was schwebte denn all denen, die z. B. vor vier Jahren der SPD oder der FDP ihre Stimme gaben, denn so vor? Rund zwei Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter, eine gut durchwachsene Wirtschaftskrise, verschärfte Arbeitshetze und Ausbeutung in den Betrieben, Lohnraubabschlüsse, Steuererhöhungen und steigende Preise?

Was die Wähler wollen, ist die eine Sache...

Habt ihr sie gewählt, — heißt es in einem Flugblatt, das im September an Hunderttausende Kollegen verteilt wird — damit die Chefärzte ihre nächsten Hunderttausend endlich in neuen Grundstücken an der Côte d'Azur anlegen können, während die Zahl der Krankenhausbetten ständig sinkt; damit die Reichen immer reicher werden — während sich eure Lage verschlechtert? Oder wart ihr für einen ins Riesige wachsenden staatlichen Verwaltungs- und Unterdrückungsapparat, für zigtausend „Bullen", die von morgens bis abends Jagd auf eine Handvoll „Terroristen" machen, während die Zahl der Gewaltverbrechen, der Raubüberfälle auf uns Werktätige ständig wächst.

Oder noch klarer: Seid ihr der Meinung, die 17,5 Millionen Wähler, die am 5. März 1935 der Hitler-Partei, der NSDAP, ihre Stimme gaben, hätten den zweiten Weltkrieg mit seinen über 45 Millionen Toten und 90 Millionen Verwundeten, zerbomte Städte, Konzentrationslager und Gaskammern, Hunger und namenloses Elend gewollt?

Sicherlich nicht. Und wir wollen damit auch nicht sagen, ihr hättet statt der SPD•FDP der CDU•CSU eure Stimme geben sollen. Das ist Jacke wie Hose. Sie hätten es nicht anders gemacht. Wohin auf dem Stimmzettel ihr euer Kreuz setzt, ob bei den Regierungsparteien oder der Opposition, der NPD oder der D„K"P, stets wählt ihr eine Partei oder auch Agentur der Kapitalisten. Das ist es auch gar nicht, was wir sagen wollten, sondern:

... was die gewählten Politiker tun, eine ganz andere.

Was ihr als Wähler wollt, das ist eine Sache, und was die gewählten Politiker dann tun, ist eine ganz andere. Und das ist sozusagen auch ihr „gutes Recht". Es gibt in unserer kapitalistischen Bundesrepublik nämlich kein Gesetz, das den Parteien verbietet, leere Versprechungen zu ma-

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Auszüge aus der Rede des Genossen Ernst Aust auf der Großveranstaltung in Essen 3

Zügellose Rationalisierung und Arbeitshetze in der DDR 5

Prozeß gegen Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert 6

Neue Komplotte gegen das Volk von Azania 7

Lockheed-Skandal: „Saubermann" Franz-Josef Strauß 7

Warum am 3. Oktober wählen?

Wahlen ändern nichts

Fortsetzung von Seite 1

chen, euch zu belügen und zu betrügen. Niemand hat das Recht, sie zu belangen, weil sie, kaum sind die aufwendigen Wahlschlachten geschlagen und die begehrten Abgeordneten- und Ministersessel erobert, diese Versprechungen zu den Akten legen. Sie sind als Abgeordnete eben nur ihrem Gewissen verpflichtet. Und wenn sie euch beispielsweise versprachen, dafür zu sorgen, daß der oder der Chemiekonzern nicht weiter die Umwelt verpestet, und es kommen dann, nach der Wahl, die Bosse dieses Konzerns mit einem „Beratervertrag", was meint ihr, wie dann das arme Abgeordnetengewissen ins Flattern kommt und sich schließlich der besseren Einsicht, den Beraterhonoraren beugen muß. Wie hieß es doch damals zu den Wahlen von 1972?

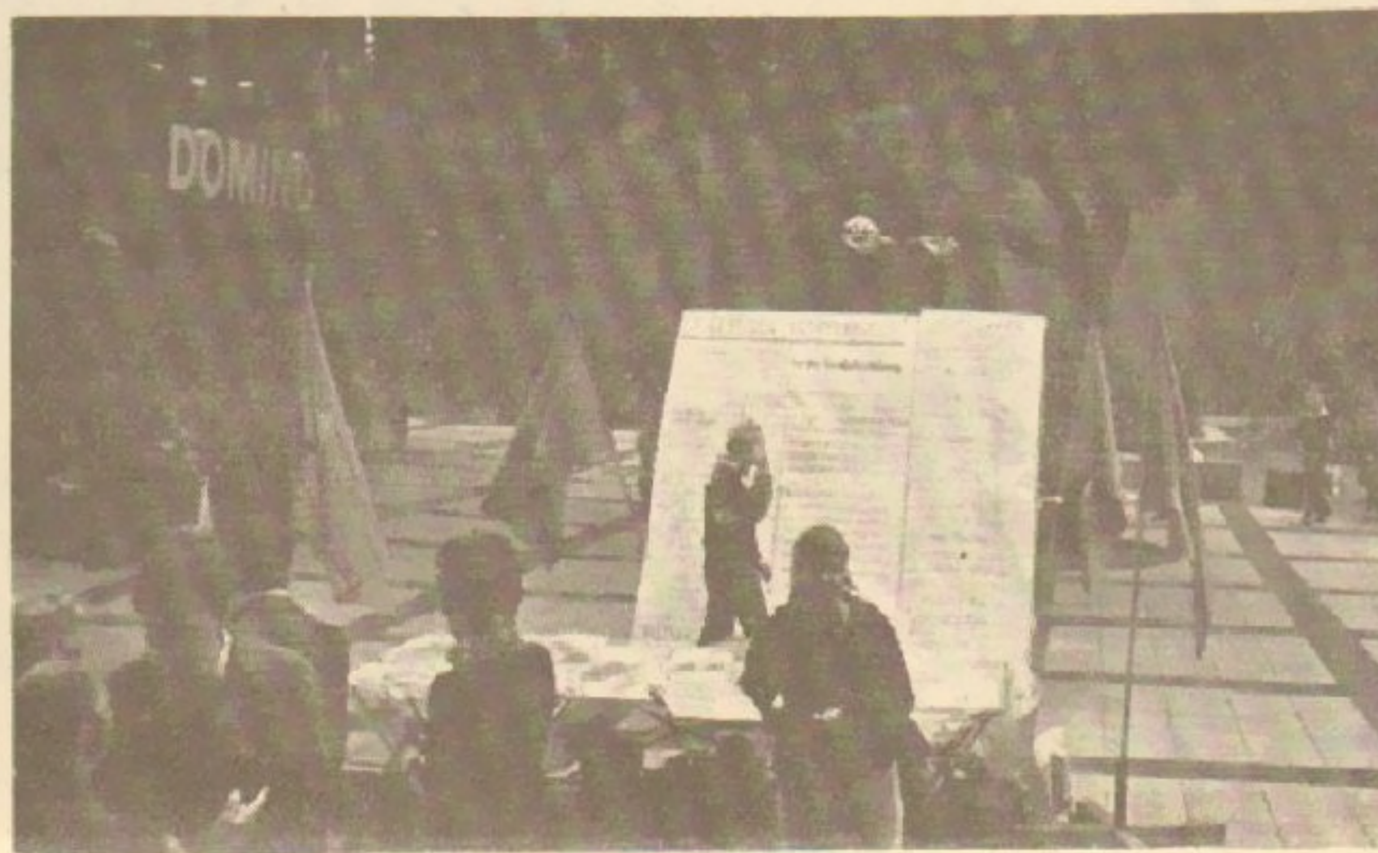
Reformpakete, Sicherheit, mehr Demokratie, sichere Arbeitsplätze, Hilfe für die vor dem Ruin stehenden Bauern, gerechte Bildungschancen, rosige Zukunftsaussichten für unsere Kinder, Frieden, Entspannung — all diese Wahlversprechungen, die uns noch vom letzten Mal in den Ohren klingen, sind ein blanker Hohn gegenüber der Wirklichkeit.

Soziale Sicherheit? Ein Hohn auf die von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Betroffenen, auf Millionen arbeitsgewohnte schaffende Hände, die durch das Krisenkarussell des Kapitalismus zur Untätigkeit verdammt sind! Ein Hohn auf die Landwirte, die, von den Monopolen ruiniert, den Hof nicht halten können und denen selbst der Ausweg in die Fabrik häufig verwehrt ist!

Mehr Bildung? Eine Zukunft für die Jugend? Ein Hohn angesichts eines Systems, das 20000 ausgebildete Lehrer mit leeren Händen auf die Straße wirft, während die Klassen in den Schulen bersten, das zwar Mittel genug aufbringt, um über 200000 Bewerber für den öffentlichen Dienst Gesinnungsakten anzulegen, unseren Kindern jedoch selbst das Minimum einer anständigen Ausbildung verweigert.

Mehr Demokratie? Mehr und immer mehr Polizei! Scharfschützenkommandos und mobile Karate-Killer, Bürgerkriegstruppen mit Wasserwerfern und chemischer Keule, mit Giftgasgeschoß und Schlagstock. Zur Verhinderung von Gewaltverbrechen? Die sind seitdem gestiegen, mehr als die Zahl der Polizisten. CDU-Innenminister Schwarz von Rheinland-Pfalz erklärte kürzlich, wozu: *„Es muß doch die Chance bestehen, eine Revolution niederzuschlagen..."*

Frieden und Entspannung? Auf keinem Flecken der Erde kann heute von „Frieden und Entspannung" die Rede sein. Vom Nordmeer bis Angola, ob in Nahost oder auf dem Balkan, kein Konflikt, wo nicht die beiden Supermächte, USA und UdSSR, ihr verbissenes Ringen um die Weltherrschaft verstärken, und mit ihren aggressiven Militärpakten, NATO und Wahrschauer Pakt, in hemmungslosem Wettrüsten die Welt immer mehr an den Rand eines dritten Weltkrieges treiben. Und Deutschland ist direkt betroffen. Die Amis im Westen, die Russen im Osten. Und mit 665000 Mann der Bundeswehr, mit 32 Milliarden DM Rüstungsausgaben im Jahr ist Bonn die beste Einsatzreserve der Pentagon-Strategen im Krieg mit dem anderen Weltgangster Sowjetunion. Für ausreichend deutsche Soldaten als Kanonenfutter hat Kanzler Schmidt [*„Bis zu einem gewissen Grad sind wir alle Amerikaner geworden."*] gesorgt. Und Sicherheit, Schutz für



Stand der Partei in Dortmund am 4. 9., dem Beginn der großen Redeschlachten der bürgerlichen Parteien. Die KPD/ML ruft zum Wahlboykott auf — und zur Teilnahme an der Großveranstaltung.

die Bevölkerung? Der Gesamtraum aller Bunker in der Bundesrepublik reicht für ganze 2,3% der Bevölkerung. Das ist ungefähr soviel, wie es in der Bundesrepublik Kapitalisten, Regierungs- und Gewerkschaftsbonzen und hohe Militärs gibt...

Wahlen ändern nichts!

Auf all das haben wir mit unserem Stimmzettel keinen Einfluß. Allenfalls kann der Wähler bestimmen, ob er *„aus Liebe zu Deutschland"* betrogen wird, oder im Namen des *„demokratischen Sozialismus"*. Und das liegt nicht an den einzelnen Parteien, auch nicht an den Abgeordneten, wie korrupt und verlogen sie auch sein mögen. Man kann sie weder abwählen, noch zur Rechenschaft ziehen. Und selbst wenn — die Politik wird nicht in der Bonner Schwatzbude gemacht, sie wird gemanagt in den Ausschüssen, den Konzernbüros und den Direktionsetagen der großen Banken. Wahlen ändern daran nichts!

Wenn wir das alles wissen, und wir wissen es ja, denn wie oft haben wir schon mal — und zwar zu Recht — gesagt, „die da oben machen ja doch, was sie wollen", dann erhebt sich so langsam die Frage, wie lange wir da noch mitmachen wollen. Schaut euch doch den Wahlzirkus an. Die Politiker verkaufen sich wie die Waschmittel. Man sollte sie alle, die sich uns da als demokratische Super- und Saubermänner anbieten, in einen großen Zuber stecken und reinweichen!

Ehrlich, Kolleginnen und Kollegen, wie lange wollen wir uns eigentlich noch auf den Arm nehmen lassen? Alle Jahre wieder zur Wahl, weil alle es tun? Wir sind doch keine Blödmänner. Immer größer wird die Zahl derer, die bewußt die Wahl boykottieren, die einfach nicht mehr hingehen, weil sie wissen, daß Wahlen im Kapitalismus nichts ändern. Bei den letzten amerikanischen Präsidentschaftswahlen, waren es kaum mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten, die noch zur Wahl gingen und in Kolumbien waren es kürzlich gerade noch 36% der Wahlberechtigten. Dort haben die Werktätigen das Gewehr in die Hand genommen, um ihre eigene Demokratie zu errichten.

„Ja aber", wird nun wohl mancher Kollege sagen, „seid Ihr denn überhaupt gegen Wahlen? Wahlen sind doch an und für sich nichts Schlechtes und gehören doch zur Demokratie." Natürlich sind wir nicht gegen Wahlen. Schließlich werden ja auch in unserer Partei die Leitungen gewählt. Seht, das ist genauso wie mit der Verfassung. Die Bundesregierung behauptet, die Kommunisten sind gegen die Verfassung, das Grundgesetz, sie sind Verfassungsfeinde. Deshalb dürften sie auch keine Beamten, keine Lehrer werden. „Aber nein", kreischen nun die von der D„K"P, die sich fälschlicherweise angesprochen fühlen, wenn man von Kommunisten spricht, „wir stehen auf dem Boden der Verfassung, wir verteidigen das Grundgesetz!" Sollen sie, wir tun es nicht. Was wir verteidigen, sind die demokratischen Rechte des Volkes, aber nicht die bürgerliche Verfassung, wir sind Verfassungsfeinde! Aber nicht, weil wir überhaupt gegen Verfassungen sind, sondern weil uns gerade diese Verfassung, das Grundgesetz, nicht gefällt, weil es zwar einige demokratische Rechte enthält, sie aber durch entsprechende Klauseln gleich wieder einschränkt, weil es ein Gesetz der Kapitalisten zum Schutz ihrer Herrschaft, nicht aber eine Verfassung des Volkes ist. Für letztere aber sind wir. Zum Beispiel finden wir die albanische Verfassung sehr gut und schikken sie Euch gern einmal zu, damit Ihr vergleichen könnt.

Boykottiert die Wahl!

Wir sind also durchaus nicht gegen Wahlen, dort, wo sie wirklich Demokratie, Volksherrschaft, bedeuten, nämlich da, wo die Arbeiterklasse und die Werktätigen die Macht haben. Nicht etwa in der DDR oder der Sowjetunion, — dort herrscht eine neue Art Kapitalisten, die Clique von Staats- und Parteifunktionären, Managern, Direktoren usw. — sondern in Ländern wie China und Albanien. **Wer dort in die Organe der Diktatur der Arbeiterklasse gewählt wird, bis hinauf zum Minister, der hat keinen ruhigen Posten, keine sichere Lebensstellung „erobert". Er steht auf seinem Posten, um der Arbeiterklasse und dem Volk zu dienen.** Und wenn er das nicht tut, so kann und wird ihm die Arbeiterklasse sein Mandat wieder entziehen, um einen Besseren zu wählen. Und damit die Abgeordneten (z. B. in Albanien), soweit sie diese Tätigkeit hauptamtlich ausüben, bis hinauf zum Minister und Staatspräsidenten nicht vergessen, wie es dem Arbeiter geht, um nicht die Verbindung zu ihrer Klasse zu verlieren, müssen sie mindestens einen Monat im Jahr körperlich in der Fabrik oder auf dem Felde arbeiten. Auch im Betrieb haben die Arbeiter das Recht, ihren Direktor, wenn er fachlich nichts kann, wenn er sich arrogant und überheblich benimmt, wieder abzusetzen. **Für solche Wahlen sind wir allerdings. Es wird sie aber solange nicht geben, wie es den Kapitalismus gibt, solange die Ausbeuterordnung der Krupp, Thyssen, Abs und Co. nicht gestürzt und ihre Bonner Schwatzbude auseinandergejagt ist. Das aber geschieht nicht mittels der Wahlzettel, da müssen wir schon — andere — Geschütze auffahren.**

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, zeigt, daß ihr nicht länger bereit seid, wie eine Herde hinter dem Hammel einherzutrotten, mag er nun Schmidt, Kohl, Strauß, Genscher oder auch Mies heißen. Zeigt, daß ihr zu jenen gehört, die sich kein „X" für ein „U" vormachen lassen, sprecht mit euren Kollegen darüber!

**Zeigt es den Bonzen in Bonn!
Boykottiert die Bundestagswahl!**

Kurz berichtet

BOCHUM

Die jungen Genossen — manche sind gerade erst in die Schule gekommen — hatten sich schon ab und zu getroffen und die Partei und die ROTE GARDE bei verschiedenen Aktionen unterstützt. Nun aber ging ihr größter Wunsch in Erfüllung: Die Gruppe Roter Pioniere wurde in Bochum gegründet. Aufgeregt hatten sie diesen Tag erwartet. Zuletzt hatten sie beinahe stündlich ihre Eltern immer wieder gefragt, wie lange es denn noch bis zur Gründungssitzung dauern würde. Nachdem den kleinen Genossen kurz die Bedeutung und die Aufgaben der Roten Pioniere erläutert wurden, erhielt jeder von ihnen zum Zeichen der Aufnahme in die Gruppe ein rotes Halstuch überreicht, das sie sich sofort umbanden. Die kleinen Genossen waren mächtig stolz: Sie waren jetzt richtige Rote Pioniere. Ihren Eltern, die zu dem Gründungstreffen mitgekommen waren, sangen sie das Lied: „Brüder zur Sonne, zur Freiheit" vor. Die Eltern gratulierten den kleinen Genossen anschließend herzlich zur Gründung der Roten Pioniere.

Ein Roter Pionier berichtete seinen Genossen dann, was er in seinem Urlaub in der Volksrepublik Albanien alles gesehen und erlebt hatte. Es wurden auch Fragen besprochen, die die Roten Pioniere vorbrachten. So z. B. die Schwierigkeiten, die sich in der Schule ergeben, weil man nicht am Religionsunterricht teilnehmen will — wie man sich da der Schule gegenüber verhält, wie man es den anderen Kindern am besten erklärt usw.

Im Anschluß daran wurde die Gründung der Roten Pioniere mit Kakao und Kuchen gefeiert.



BOCHUM/WATTENSCHEID

Zum Beginn des neuen Schuljahres erschien in Bochum die erste Nummer der „Lehrlingsfront", der Zeitung der ROTEN GARDE für die Bochumer und Wattenscheider Berufsschulen. Vor dem Verteilen hatten Rotgardisten die Parole „Lest 'Lehrlingsfront'!" an die Mauern der Berufsschule gemalt. Die Zeitung fand reißenden Absatz. Einzelne Lehrlinge setzten sich gleich draußen hin und lasen einen Artikel durch. Die erste Nummer der „Lehrlingsfront" enthält neben dem Leitartikel, in dem sich die ROTE GARDE vorstellt, u. a. Artikel über die Jugendarbeitslosigkeit und die Raumnot an den Berufsschulen.

DORTMUND

Vor kurzem veranstalteten die modernen Revisionisten der D„K"P in dem Dortmunder Arbeiterviertel Scharnhorst eines ihrer Kinderfeste. Genossen der Partei und der ROTEN GARDE nutzten die Gelegenheit, um die dort erschienenen Eltern und Kinder mit einem Flugblatt über den Verrat und die volksfeindliche Politik der modernen Revisionisten aufzuklären. Von Anfang an versuchten Schlägertrupps der D„K"P, die Verteilung des Flugblattes zu verhindern, und sie überfielen die Genossen mehrmals. Sie scheuten dabei sogar vor Angriffen auf Genossinnen nicht zurück. Dabei mußte einer der Schläger allerdings ein paar saftige Ohrfeigen einstecken.

Einem Teil dieser Auflage liegt eine Beilage bei

Offen gesagt...

Bonner "Volksverbundenheit"

Wahlkampf. Die Politiker der bürgerlichen Parteien reisen durch die Lande, ziehen von Veranstaltung zu Veranstaltung, tauchen auf Marktplätzen und in Betrieben auf. Sie versuchen, wie sie behaupten, das „Gespräch mit dem Bürger" und „Volksverbundenheit" ist jetzt sehr gefragt.

Betrachten wir einmal, was sich wirklich dahinter verbirgt. Wie die „Wirtschaftswoche" vor kurzem berichtete, stehen jetzt, auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes, 13 Spezialeinheiten der Polizei im Dauereinsatz und 180000 Polizisten in Alarmbereitschaft. Um den „Bürger zu schützen", wie z.B. Bundespolizeiminister Maihofer immer dann behauptet, wenn es darum geht, die Aufrüstung des kapitalistischen Staatsapparates und insbesondere der Polizei zu rechtfertigen? Weit gefehlt.

Es geht um den Schutz der angeblichen Volksvertreter, die jetzt um die bequemen Posten in den Sesseln des Parlaments und der Ministerien kämpfen. Ob Schmidt, Kohl, Genscher oder Strauß, keiner von ihnen traut sich ohne einen von Jahr zu Jahr wachsenden Troß von Leibwächtern, Spitzeln, Polizisten ohne und mit Uniform unter die Massen. Und mancher hat, wie CSU-Jäger, auf seinen Wahlkampfveranstaltungen sogar die eigene Pistole dabei. So ist man gegen eventuelle „Zwischenfälle" gerüstet. Etwa wenn, wie in Neu-Isenburg auf einer SPD-Wahlveranstaltung mit Bundesminister Matthöfer, unzufriedene und empörte Menschen das Rederecht verlangen, sie brutal aus dem Saal zu knüppeln — die „chemical-mace"-Pistole am Koppel. Und kaum sind die hohen Herren wieder in Bonn, können sie sich aufatmend in



Kanzler Schmidt mit einigen seiner „Gorillas"

ihren Villen, Behörden und Ministerien verschanzen — abgeschirmt durch 60000 Meter Stacheldraht, bewacht von 3000 Polizisten und Dutzenden von Schützenpanzern.

Die Kapitalistenklasse und ihre Diener, die vorgeben, den Willen des Volkes zu repräsentieren, haben in Wirklichkeit Angst vor dem Volk. Denn all die leeren Versprechen, die Betrugsparolen dieser oder jener Partei, das Gerede von der Demokratie und der „Freiheit des Einzelnen" können nicht verhindern, daß immer mehr Menschen erkennen, was für ein System diese „freiheitlich-demokratische Grundordnung", was für ein Staat dieser „soziale Rechtsstaat" eigentlich ist: ein kapitalistisches Ausbeutersystem und ein kapitalistischer Ausbeuterstaat, in dem die Werktätigen ausgeplündert und unterdrückt werden.

Die gigantische Aufrüstung gegen das Volk, die sich hinter den Schlagworten von der „inneren Sicherheit" verbirgt, beweist klipp und klar: Die Kapitalistenklasse schützt in Wirklichkeit ihre Freiheit, die Werktätigen auszubeuten. Und sie wird diese Freiheit bis zuletzt mit Zähnen und Klauen verteidigen.

Aber die Geschichte beweist auch, daß die Millionen der Ausgebeuteten letzten Endes stärker sind als die Handvoll von Ausbeutern, wenn sie sich erheben, um mit dem System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in der gewaltsamen sozialistischen Revolution ein für allemal Schluß zu machen.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Großveranstaltung der KPD/ML in Essen:

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

In den nächsten Wochen wird die Partei Millionen Werktätige in der Bundesrepublik und Westberlin mit ihrer Grundsatzerklärung „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland“ bekanntmachen. „Jeder Arbeiter“, heißt es im Vorwort zu dieser Erklärung, „jede Arbeiterin, jederAngestellte, jeder werktätige Bauer, jeder notleidende Mittelständler in den Städten, jeder lernende und studierende Jugendliche, jeder ehrlich schaffende Mensch in ganz Deutschland soll sich mit voller Klarheit von unserem Ziel überzeugen:

Der einzige Ausweg aus Ausbeutung und Unterdrückung, Unsicherheit, Not und sozialer Misere, die einzige Möglichkeit zur Verhinderung einer Zerstörung Deutschlands in einem Krieg, der einzige im Interesse der Werktätigen liegende Weg zur Wiedervereinigung unserer geteilten Heimat, das ist der revolutionäre Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus und den USA-Imperialismus, gegen den russischen Sozialimperialismus und sein ostdeutsches Vasallenregime, gegen das Vormachtstreben und die Kriegspolitik der zwei Supermächte, das ist der revolutionäre Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!“

Gleichzeitig werden in dieser Zeit in allen größeren Städten der Bundesrepublik und in Westberlin größere und kleinere Veranstaltungen stattfinden, auf denen Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende unserer Partei, und andere Genossen der Partei das revolutionäre Programm der Partei erläutern werden.

Den Auftakt zu dieser Veranstaltungsreihe bildete die Großveranstaltung am 4. 9. 1976 in Essen. Über 800 Menschen waren der Einladung der Partei gefolgt. Gleich zu Beginn der Veranstaltung im festlich geschmückten Saalbau in Essen herrschte große Begeisterung, als eine Gruppe Roter Pioniere aus Bochum und Dortmund Genossen Ernst Aust mit einem Strauß roter Nelken begrüßte.

Das Programm der Veranstaltung wurde eröffnet mit einem Lieder- und Wortprogramm des Agit-Prop-Trupps, das in immer wieder von Beifall unterbrochenen Beiträgen zeigte, daß unsere Partei in der Tradition der großen deutschen Kommunisten Karl Marx und Friedrich Engels, der revolutionären KPD Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns steht, ihre Lehren beherzigt und in ihrem Geiste heute den Kampf für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland führt.

Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete die Rede des Genossen Ernst Aust, aus der wir im folgenden einige kurze Auszüge abdrucken. Für das revolutionäre Interesse der Teilnehmer und ihre Bereitschaft, den Kampf der Partei zu unterstützen, ihr zu helfen, ihr revolutionäres Programm breit unter die Massen zu tragen, seien hier nur zwei Zahlen genannt: Für rund 2.700 DM kauften Teilnehmer der Veranstaltung an den Büchertischen der Partei Literatur, 6.571,12 DM spendeten sie zur Verbreitung der Grundsatzerklärung.

Aus der Rede des Genossen Ernst Aust

Die Grundsatzerklärung "Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland" - ein Ergebnis des prinzipienfesten Kampfes der Partei

„Auf dieser Veranstaltung“, begann Genosse Ernst Aust, „wollen wir den Werktätigen Deutschlands unsere Grundsatzerklärung „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland“ unterbreiten. Ich möchte hier vor allem darauf eingehen, wie es zu dieser Grundsatzerklärung kam. Es ist jetzt fast acht Jahre her, als wir — zur Jahreswende 1968/69 — auf dem Gründungsparteitag die erste Grundsatzerklärung unserer Partei verabschiedeten. Das war zur Zeit der revolutionären Studentenkämpfe. Ein Großteil der Studenten folgte damals noch Freud, Marcuse, Adorno und anderen Typen dieser Richtung. Auch die Arbeiterklasse war damals noch sehr verwirrt durch den Verrat der modernen Revisionisten. In dieser Situation schrieb unsere Partei in ihrer Gründungserklärung:

Das internationale Proletariat und die internationalen revolutionären Kräfte stehen heute im Kampf gegen zwei Hauptfeinde: den USA-Imperialismus und den Sowjetrevisionismus... Die nationale Lage Deutschlands ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein getreues Abbild der Weltlage. Während der westliche Teil Deutschlands zum Einflußgebiet des USA-Imperialismus gehört, gehört der östliche Teil zum Einflußgebiet des sowjetischen Sozialimperialismus. Die herrschende Klasse in Westdeutschland verschärft mehr und mehr ihren Terror gegen das Volk. Notstandsgesetze, Einsatz von Schußwaffen und Tränengas gegen Demonstranten sowie Schutzhaftbestimmungen sind die Mittel, mit denen die herrschende Klasse ihre angeschlagene Stellung zu retten versucht

...

In der DDR... ist durch die Führungsclique der SED die Weiterführung des Klassenkampfes verhindert worden. Sie hat versäumt, die alte Bourgeoisie restlos zu zerschlagen,und hat es zugelassen, daß sich eine neue Bourgeoisie etabliert... Darüber hinaus hat sie die nationalen Interessen der deutschen Arbeiterklasse in zunehmendem Maße an die sowjetischen Sozialimperialisten verkauft und schreckt nicht einmal davor zurück, sich an deren militärischen Abenteuern zu beteiligen.

Beide, die westdeutsche Monopolbourgeoisie und die in Ostdeutschland herrschenden Kreise, verraten die sozialen und nationalen Interessen des deutschen Volkes, sie haben sie dem Streben des USA-Imperialismus und Sozialimperialismus zum Opfer gebracht. Weder die Bonner noch die Ostberliner Regierung haben das Recht, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen.'

Genosse Ernst Aust ging dann darauf ein, daß die Partei diese klaren Feststellungen traf, als opportunistische Zirkel und Organisationen den SU-Imperialismus noch gar nicht als Feind erkannten, die DDR als sozialistisches Land mit „kleinen Fehlern“ betrachteten und Aktionseinheiten mit den modernen Revisionisten schlossen, während sich mit der D„K“P zum ersten Mal in der deutschen Geschichte eine Partei, die sich kommunistisch nannte, in Absprache mit der Bourgeoisie gründete.

„Damals“, fuhr Genosse Ernst fort, „war es unsere Partei, die, statt zu lamentieren und bei der Regierung um Schönwetter zu betteln, um die Aufhebung des KPD-Verbots bzw. die Wiederzulassung der KPD zu bewirken, in ihrer Gründungserklärung klar und eindeutig sagte:

,Die KPD/ML steht fest auf dem Boden der revolutionären Theorien von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung...

Die KPD/ML weiß, daß die herrschende Klasse ihre Machtpositionen nicht widerstandslos räumt. Sie zu zerbrechen, kann nicht über das Parlament geschehen, sondern nur durch den revolutionären Akt der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur, der Herrschaft der großen Mehrheit des Volkes.'

Indem wir hiermit in aller Öffentlichkeit zum ersten Mal seit 1956 die Notwendigkeit der Errichtung der Diktatur des Proletariats, die Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates propagierten, haben wir der Bourgeoisie einen harten Schlag versetzt, haben wir in der Praxis das KPD-Verbot durchbrochen, haben wir die offene kommunistische Agitation und Propaganda wieder legalisiert.“

Genosse Ernst Aust ging dann darauf ein, daß die Gründung der KPD/ML notwendig wurde durch den Verrat der modernen Revisionisten, daß ihr vorausging der Kampf der Marxisten-Leninisten innerhalb der KPD gegen die revisionistische Linie der Bachmann, Mies und Co.

Es war die zur Jahreswende 1968/69 gegründete KPD/ML, die das rote Banner der revolutionären KPD Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns wieder erhob, das die modernen Revisionisten in den Schmutz getreten hatten.

„Heute“, sagte Genosse Ernst später, „ist die Partei zahlenmäßig stärker geworden, hat sie sich im Kampf zweier Linien gefestigt, hat sie ihre soziale Zusammensetzung verbessert. Heute ist sie eine disziplinierte kommunistische Partei, die in der Lage ist, in einem konzentrierten Schlag zwei Millionen Exemplare der Grundsatzerklärung des Zentralkomitees unter den Massen zu verbreiten, die Massen mit der marxistisch-leninistischen Theorie zu wappnen, ihnen die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution zu erklären, ihre Unvermeidbarkeit und ihren Nutzen für uns alle nachzuweisen, ihnen das Ziel und den Weg zu einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland zu zeigen.

Die wissenschaftliche Grundlage für die Grundsatzerklärung ist das Programm, an dem die Partei arbeitet. Das Programm, das nach Zusammenfassung der Kritiken aus der Partei als Programmentwurf erscheinen und auf dem Parteitag verabschiedet werden wird, ist eine wissenschaftliche Analyse.

Im Unterschied dazu ist die Grundsatzerklärung ein agitatorisches Mittel. Sie erklärt den Arbeitern ganz einfach, wie es hier in Deutschland aussieht, welchen Weg das Proletariat einschlagen muß. Sie erklärt, was wir Kommunisten wollen. Es ist doch so, wenn wir sagen, wir sind für den Sozialismus, dann werden wir gefragt: Was stellt ihr euch denn darunter vor, wie soll der Sozialismus in Deutschland aussehen? Das heißt, wir müssen darauf antworten, wir müssen erklären, wie das sozialistische Deutschland aussehen soll, wie wir verhindern werden, daß jemals wieder eine herrschende bourgeoise Klasse



Genosse Ernst Aust auf der Veranstaltung in Essen

im Sozialismus entsteht. Man kämpft nicht, wenn man nicht weiß wofür. Deshalb müssen wir den Massen zeigen, wie das sozialistische Deutschland aussehen wird, auf welchem Weg man zu diesem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland kommt. Das tut die Grundsatzerklärung.“

Stärken wir die Verbindungen zu den Massen

Zum Schluß seiner Rede ging Genosse Ernst darauf ein, daß die Partei in Zukunft besonderes Gewicht auf die verstärkte Verbindung zu den Massen legen muß. Er sagte:

„Unsere Aufgabe in den nächsten Wochen wird es sein. diese Erklärung breit in Die Massen zu tragen, mit den Menschen darüber zu diskutieren. Dabei gilt aber nach wie vor der Satz, den ich anfangs aus der Gründungserklärung zitiert habe, daß es unsere Aufgabe ist, uns eng mit den Massen zu verbinden.

Genossen, wir sind in der Geschichte der Partei jetzt an einem bestimmten Punkt angelangt. Wir haben das Programm unserer Partei im großen und ganzen formuliert. Es wird auf dem Parteitag verabschiedet werden. Wir haben unsere Grundsatzerklärung herausgegeben. Das heißt: Die Linie, der Weg ist klar. Und jetzt ist ihre Umsetzung alles. Wir müssen jetzt unsere Verbindungen zu den Massen verstärken. Ich habe dazu gerade gestern bei Stalin folgendes gelesen:

„Kurzum: 1. verstärkte Agitation auf dem Boden der tagtäglichen Bedürfnisse, die mit den Bedürfnissen der gesamten Klasse des Proletariats verbunden werden; 2. Organisierung und Festigung der Fabrik- und Werkkomitees als wichtige Zentren der Partei in den Bezirken; 3. ,Übergabe' der wichtigsten Parteifunktionen an die fortgeschrittenen Arbeiter; 4. Organisierung von ,Besprechungen' mit den fortgeschrittenen Arbeitern — das sind die Wege, mit deren Hilfe es unsere Organisationen verstehen werden, breite Massen um sich zusammenzuschließen.“

Was heißt das? Das heißt, wir müssen unter den Massen sein. Überall dort, wo proletarische Massen organisiert sind, müssen wir Kommunisten sein. Wir müssen ihre Sorgen und Nöte kennen. Wir müssen uns an die Spitze ihrer Kämpfe stellen, für ihre Interessen eintreten. Wir können nicht nur sagen: Kämpft für die Revolution — und sie bei ihren Tagesproblemen im Stich lassen. So werden die Massen kein Vertrauen zu den Kommunisten gewinnen.

Der zweite Punkt, den Stalin nennt, ist die Organisierung und Festigung der Verbindungen in der Fabrik. Genossen, da gibt es noch große Mängel bei uns in der Partei. Was Stalin als Fabrik- und Werkkomitees bezeichnete, das ist für uns die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Unsere Betriebsparteizellen haben die Aufgabe, diese Revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufzubauen. Es gibt manche Genossen in der Partei, die haben keine Angst, die kleben nachts, verkaufen den „Roten Morgen“. Aber im Betrieb, da verstehen sie es noch nicht, sich eng mit den Massen zu verbinden. Wir könnten noch viel mehr Betriebsräte und Vertrauensleute haben, wenn wir es besser verstehen würden, uns besser mit den Kollegen zu verbinden. Das heißt, der Betrieb ist und wird auch in Zukunft der Schwerpunkt unserer Arbeit sein.

Drittens sagt Stalin: „Übergabe“ der Parteifunktionen an die fortgeschrittenen Arbeiter. Genossen, das ist ein Prinzip, das unsere Partei von Anfang an im Auge gehabt hat. Wir haben die Qualität unserer Leitungen ständig verbessern können. Die große Mehrheit unseres Zentralkomitees besteht aus Arbeitern oder kleinen Angestellten. Es gibt andere Leitungen, bei denen das Verhältnis noch nicht so gut ist. Aber wir kämpfen darum, es zu verbessern. Wir müssen besonders die Arbeitergenossen, die zur Partei kommen fördern. Stalin sagt viertens: Organisierung von Besprechungen mit fortgeschrittenen Arbeitern, das sind die Wege, mit deren Hilfe es unsere Organisationen verstehen werden, breite Massen um sich zusammenzuschließen.

Genossen, ich bin der Meinung, wir müssen uns in der Partei über die Wege der verstärkten Massenarbeit unterhalten, müssen unsere Massenarbeit verbessern. Das heißt nicht, daß wir dann plötzlich die Massen, die Millionenmassen, führen können. Dazu sind wir heute noch nicht in der Lage. Noch immer ist es unsere Aufgabe, die Vorhut des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen. Aber auch das können wir nur in den Kämpfen der Massen, indem wir uns an die Spitze stellen. Wie sollen wir sie sonst gewinnen? Wer sind denn die Fortgeschrittenen? Das sind unsere besten, klassenkämpferischsten Kollegen, diejenigen, zu denen die anderen auch Vertrauen haben. Das ist die Vorhut. Wenn wir von diesen Kollegen einen gewinnen, zu dem hundert andere Vertrauen haben, dann gewinnen wir nicht nur einen, sondern die hundert anderen mit.

So möchte ich dann enden mit unserer Parole zur Wahl:

Jagt sie davon, die Bonzen in Bonn!
Deutschland dem deutschen Volk!
Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!
Vorwärts mit der KPD/ML!“

Veranstaltungen zur Grundsatzerklärung

Es spricht Genosse Ernst Aust

MOORIEM-NORDERMOOR
10. 9., 19.00 Uhr, Im Schützenhof

KASSEL
13. 9., 19.00 Uhr, Kolping-Haus, Ecke Mittelgasse/Freiheit

HANNOVER
17. 9., 19.00 Uhr, Hannover-Linden, Freizeitheim Linden, Windheim-Str.

HAMBURG
18. 9., 19.00 Uhr, HH-Barmbek, Gaststätte „Jarresstadt“, Jarresstr.

STUTTGART
22. 9., 19.00 Uhr, Stuttgart-Ost, Gaststätte „Friedenau“, Rothenberg-Str. 127

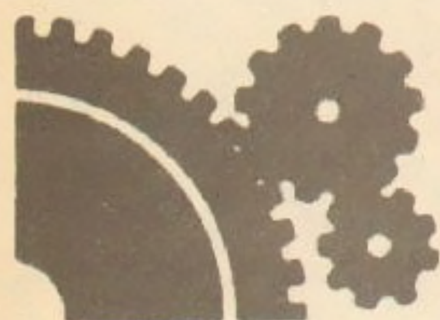
SAARBRÜCKEN
25. 9. — Ort bitte im Parteibüro Mannheim (Tel. 0621/376744) erfragen.

LUDWIGSHAFEN
26. 9., 15.00 Uhr, Ludwigshafen-Gartenstadt, Gaststätte Volkshaus, Konigsbacher Str. 12

MÜNCHEN
30. 9., 19.00 Uhr, Thomas-Bräu-Keller, Kapuziner Platz

WEST-BERLIN
2. 10., 19.00 Uhr, Gesellschaftshaus Neukolln, Karl-Marx-Str. 131

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Klöckner: Spalterische Forderungen des D„K"P-Betriebsrats

Liebe Genossen,

Dienstag, 31.8.,fand eine Vertrauensleute-Vollversammlung der Klöckner-Hütte Bremen statt. Haupttagesordnungspunkt war die Tarifrunde. In seiner Einleitung versuchte Heinz Röpke — D„K"P-Betriebsratsvorsitzender und Mitglied der Tarifkommission — gleich die Weichen für den Lohnraubabschluß zu stellen. Er teilte mit, daß für den 17.9. die große Tarifkommission eingeladen werde. Auf der Hütte gibt es seit Jahren eine starke Bewegung gegen die spalterischen Prozentabschlüsse. Auf zwei Betriebsversammlungen im vergangenen Jahr erklärte sich die übergroße Mehrheit der Belegschaft für Festgeldforderungen in Mark und Pfennig für alle gleich. Röpke behauptete deshalb auf der VL-Versammlung, Kollegen in NRW hätten gesagt, mit linearen Forderungen werdet ihr keinen Hund hinterm Ofen hervorlocken. „Ich habe Bedenken, wieweit wir mit einer linearen Forderung in NRW Anklang finden können. Bei vielen V-Leuten gibt es einen Trend, daß wir Sockelbetrag und Prozentforderung stellen. Und zwar 80 DM und 5%."

In der Diskussion stellten mehrere V-Leute die Forderung auf: 1 DM mehr für alle. Diese Forderung hatten sie vorher in ihren Abteilungen mit den Kollegen besprochen. Teilweise waren dafür auch Unterschriften gesammelt worden. Es wurde entlarvt, daß die spalterische Forderung nur dazu dient, der Manipulation und dem Betrug an den Forderungen der Stahlarbeiter Tür und Tor zu öffnen.

Dann marschierte ein großer Teil des revisionistischen Betriebsrates und der VL-Körper-Leitung nach vorn, um die spalterische Forderung zu propagieren.

Bei der Abstimmung sprachen sich etwa 30 V-Leute für die Forderung von 1 DM für alle aus. Die große Mehrheit stimmte unter dem Einfluß der modernen Revisionisten für 80 DM Sockelbetrag und 5%.

Bei den Lehrlingen hatte eine Lehrlingsversammlung mit 2/3 Mehrheit eine Forderung von 180 DM für alle Lehrlinge gefordert. Jugendvertreter Breidbach rief danach eine Versammlung der Lehrlings-V-Leute ein, die diese Forderung auf 150 DM reduzierte.

Von der VL-Vollversammlung wurde aber auch diese Forderung abgelehnt. Daraufhin bot Breidbach an, eine „realistischere Forderung" von 120 DM zu beschließen. Eine Abstimmung darüber lehnte die Versammlung ab.

Als ein Genosse in seiner Abteilung von der VL-Versammlung berichtete, sagten die meisten Kollegen sofort: „Das war vom Betriebsrat abgekartet. Diese Forderung ist der erste Schritt zum Verrat. Von der Forderung wird nachher der Sockelbetrag weggestrichen und die 5% bleiben übrig."

Rot Front,

ein Genosse aus Bremen

Mord der Zechenkapitalisten

Am 31. 8. forderte die kapitalistische Ausbeutung in den Gruben wieder ein Todesopfer. Ein Hauer auf der Zeche Viktoria (gehört zum Verbundbergwerk Gneisenau) wurde vom Strebpanzer (einer Maschine, die Kohle und Gestein abfördert) erfaßt und bis zum Unterleib zerquetscht. Qualvoll mußte er auf seinen Tod warten, die Notärzte, die sofort angefahren sind, konnten ihm nicht mehr helfen.

Jeder Kumpel, der davon hörte, war erschüttert und gleichzeitig empört über die unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen, die solche Unfälle erst möglich machen.

Tatsächlich ist es nicht möglich, den Panzer bei Gefahr rechtzeitig zu stoppen. So auch hier. Die Kollegen drückten, als sie sahen, was passierte, sofort den Not-Aus-Schalter, aber eben weil der Panzer dann noch meterweit ausläuft, bevor er anhält, wurde der Kumpel in die Umkehre gezogen. Die Kumpels drumherum mußten machtlos zusehen, wie ihr Kollege zerquetscht wurde. Ich diskutierte mit mehreren Kumpels über diesen Unfall und stellte klar, daß die Kapitalisten nicht im Traum daran denken, sichere Arbeitsplätze zu schaffen, und prangerte diesen Unfall als Mord der Zechen-Kapitalisten an.

Rot Front! Ein Genosse von Gneisenau

Trotz guter Zeugnisse — Entlassung

Das Jüdische Krankenhaus im Wedding ist ein relativ kleines Krankenhaus mit drei Abteilungen, einer inneren, einer chirurgischen und einer psychosomatischen (Alkoholkranke) mit zur Zeit ca. 300 Betten. Es ist eine Stiftung des öffentlichen Rechts.

Zum 1. April dieses Jahres wurden entsprechend den vorhandenen Ausbildungsplätzen 17 neue Krankenpflegeschüler (-innen) eingestellt. Daß genügend Ausbildungsplätze vorhanden und nur schlechte Leistungen ein Entlassungsgrund nach dem Probevierteljahr seien, wurde uns auf jeden Fall mit Nachdruck versichert, als sich in der Klasse Unruhe über Äußerungen verschiedener Kollegen breit machte, es stehe schon seit Beginn des Kurses fest, daß mehrere Schüler wieder gehen müßten. Zunächst glaubte fast niemand daran.

Kurz vor Ablauf der Probezeit wurden dann mehrere Schülerinnen zur leitenden Schulschwester zitiert, die ihnen unter fadenscheinigen Begründungen, wie z.B., sie schwatzten zu viel während des Unterrichts, mit der Kündigung drohte. Einhellige Empörung in der Klasse. Wir verlangten geschlossen von unserer Schulschwester eine Erklärung; diese zieht sich jedoch hinter ihre Inkompetenz zurück.

Einhellige Empörung auch, als am Stichtag fünf Kolleginnen ohne Begründung entlassen werden. Da nach bürgerlichem Recht in der Probezeit fristlos und ohne Angabe von Gründen gekündigt werden kann, wurde ihnen lediglich mitgeteilt, daß sie für den Beruf der Krankenschwester nicht geeignet seien oder daß sie den Anforderungen in der Zukunft nicht gewachsen seien. Dabei gingen sie in ihrer Unverschämtheit so weit, einer Schülerin mit dem Notendurchschnitt 2,5 zu sagen, sie sei theoretisch zu schlecht.

Mit den Leistungen der betreffenden Schülerinnen konnte die Entlassung überhaupt nicht begründet werden. Der Notendurchschnitt beträgt 2,5-3,8, ungefähr ebenso bei den Stationszeugnissen. Zwei von ihnen waren nicht einmal vorgewarnt worden.

Wir erkannten gerade aufgrund der Willkürlichkeit und Zufälligkeit der Entlassungen, daß sie ein Angriff auf alle waren. So beschlossen wir, gemeinsam mit dem Jugendvertreter geschlossen zur Oberin zu gehen, um eine Erklärung und die Wiedereinstellung der fünf Kolleginnen zu verlangen. Die Oberin hatte sich jedoch rechtzeitig verzogen und erschien auch auf einer Betriebsratssitzung nicht, auf der die Schulleitung — ohne Erfolg — aufgefordert wurde, zu diesen Kündigungen Stellung zu nehmen und sie zurückzuziehen.

Um die anderen Kollegen im Krankenhaus zu informieren und sie zur Unterstützung zu mobilisieren, verfaßten wir eine Resolution, in der wir auch auf den Verlust der Ausbildungsplätze und die Jugendarbeitslosigkeit eingingen. Die Mehrheit der Kollegen war empört über die Entlassungen, eine Station unterschrieb unsere Resolution geschlossen.

Trotz unserer Niederlage — die fünf Kolleginnen sind nicht wieder eingestellt worden — haben wir doch einiges gelernt: Wir haben unsere Illusionen über die Schul- und Krankenhausleitung verloren und erkannt, daß wir nur dann im Kampf für unsere Rechte etwas erreichen, wenn wir uns auf unsere eigenen Kräfte verlassen und geschlossen zusammenstehen.

Rot Front

eine Genossin aus Westberlin

Polizeieinsatz gegen Rote Betriebsräte auf der Werft

Fortsetzung von Seite 1

verrieten und ihnen die Lohnraubabschlüsse aufzwangen. Der Erfolg der Roten Liste war nicht nur ein schwerer Schlag für die HDW-Kapitalisten, sondern auch für ihre Handlanger, die Bonzen des IGM-Apparates und die modernen Revisionisten der D„K"P. Diese hatten die Genossen vor der Wahl am lautesten als „Spalter" und „Zuträger der Reaktion" beschimpft.

Die Kollegen konnten sich jetzt in der Praxis davon überzeugen, daß die Tatsachen den Genossen der Roten Liste recht gaben.

Terror gegen die Roten Betriebsräte

Für die Kapitalisten und die reaktionäre Böhm-Clique war der Stimmzettel nur ein Fetzen Papier, und auf den Willen der Kollegen pfiffen sie. Einträchtig, Hand in Hand, versuchten sie, die Roten Betriebsräte, denen ein Viertel der Kollegen ihre Stimme gegeben hatte, aus dem Betrieb zu jagen. Die Böhm-Clique erschwerte ihnen die Betriebsratsarbeit, wo sie nur konnte. Ordentliche Betriebsratssitzungen wurden monatelang nicht abgehalten, stattdessen organisierten Böhm und seine Kumpane heimliche Fraktionssitzungen, auf denen sie berieten, wie sie die Roten Betriebsräte wieder loswerden konnten. An diesen Fraktionssitzungen beteiligten sich ebenfalls die Betriebsräte der D„K"P, die auch sonst alle Angriffe auf die Roten Betriebsräte unterstützten. Die Böhm-Clique kaufte sich einen Spitzel, um die Arbeit der Roten Betriebsräte zu überwachen, und die Kapitalisten hetzten den Werkschutz auf die Genossen. Zuletzt, als sich der Kampf zuspitzte, holten die Kapitalisten sogar mehrmals die Polizei in den Betrieb, ließen sie den Genossen Bernd Woitalla von Werkschutz und einer Bande von Ingenieuren und Meistern zusammenschlagen und aus dem Betrieb schaffen. Der Grund für diesen Terror liegt auf der Hand. **Die Kapitalisten wollten den Kollegen die revolutionäre Führung rauben, um sie desto besser ausbeuten und unterdrücken zu können. Die Klassenfronten auf der Werft hatten sich durch den Kampf der Roten Betriebsräte scharf herauskristallisiert. Immer mehr Kollegen sahen, daß die Kapitalisten, die Bonzen des IGM-Apparates und die D„K"P-Revisionisten in einer Front gegen die Kommunisten und die Arbeiter standen.**

Um die Lasten der Krise auf die Schultern der Kollegen abwälzen zu können, planten die HDW-Kapitalisten am Anfang des Jahres 2000 Kollegen auf die Straße zu setzen. Zugleich steigerten sie die Arbeitshetze auf der Werft enorm, um das Letzte aus den Kollegen herauszupressen. In dieser Situation verhöhnten die Bonzen des IGM-Apparates die Kollegen, indem sie sie aufforderten, „gemeinsam" mit den Kapitalisten die „Schwierigkeiten" zu überwinden. Sie stellten sich offen auf die Seite der Ausbeuter und forderten die Arbeiter auf, sich den Entlassungen, die ja angeblich notwendig waren, um die „Schwierigkeiten zu überwinden", zu beugen. Es waren die Genossen der Betriebszelle der Partei und die Roten Betriebsräte, die in dieser Situation als einzige die Kollegen zum Kampf gegen jede Entlassung aufriefen.

Um welche Gangster es sich bei der reaktionären Betriebsratsclique handelte, zeigte kurz darauf Otto Böhm, der Betriebsratsvorsitzende. Den Kollegen Kopto, der sich mit drei weiteren Kollegen bei ihm über schlecht verarbeitete Sicherheitshandschuhe beschweren wollte, warf er kurzerhand aus dem Betriebsratsbüro, schlug ihm ins Gesicht und drohte ihm schließlich sogar mit dem Werkschutz, weil er „hier das Hausrecht" habe. **Und mit solchen Leuten, im Vertrauen auf den arbeiterfeindlichen Apparat der IG Metall, sollten die Kollegen, wie die modernen Revisionisten der D„K"P predigten, den Kampf für ihre Interessen führen. Das hieße wohl, den Teufel mit dem Beelzebub austreiben und sich mit Haut und Haaren an die Kapitalisten verkaufen.**

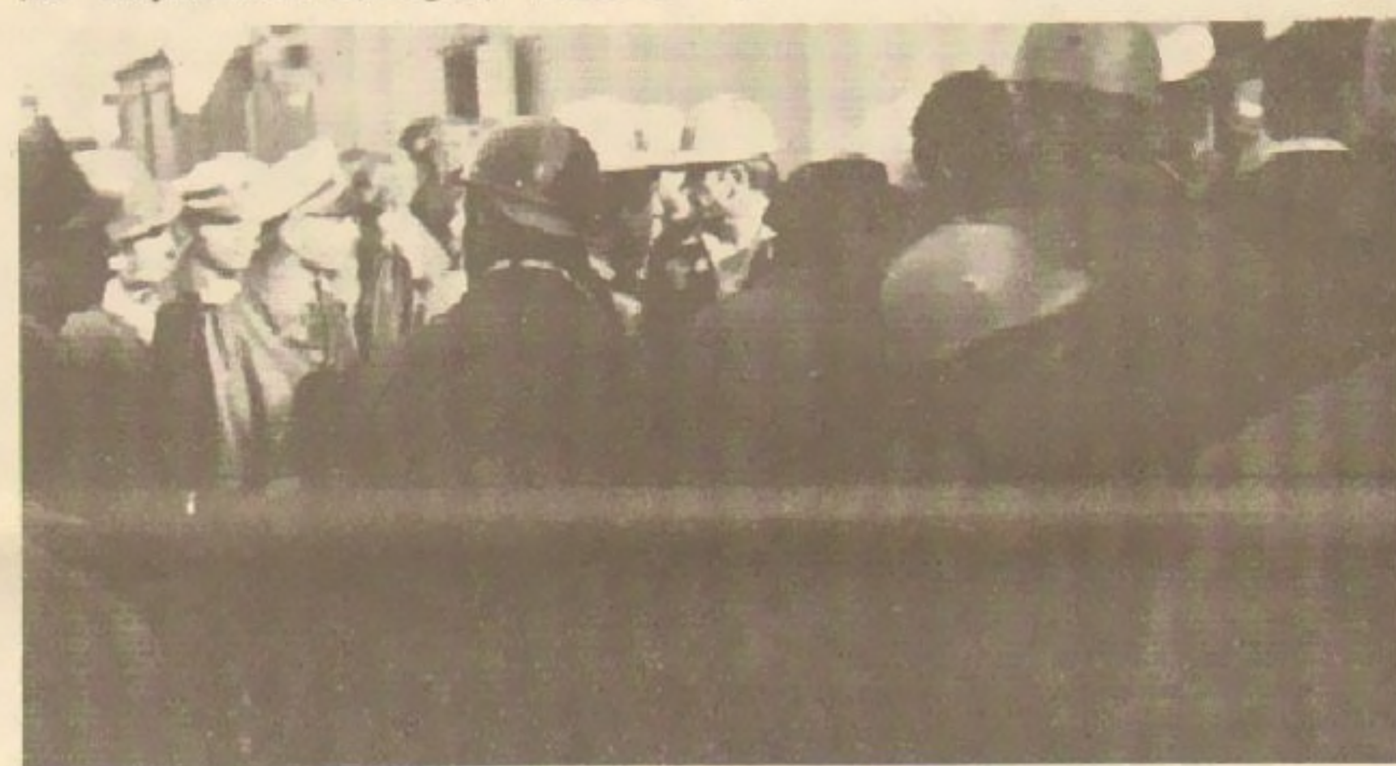
Wachsendes Vertrauen unter den Kollegen

Während sich die modernen Revisionisten immer auf die Seite der Böhm-Clique und damit auf die Seite der Kapitalisten schlugen, waren es die Kommunisten, die an der Seite der Kollegen im Kampf gegen die Kapitalisten für ihre täglichen Interessen und Forderungen standen. Die Roten Betriebsräte setzten sich für die täglichen Sorgen und Nöte der Kollegen ein und kämpften gemeinsam mit den Kollegen um die Erfüllung ihrer Forderungen. Ob es sich um die fehlenden Teekannen in einer Halle handelte oder die katastrophalen Zustände in der Küche, ob es sich um die schlechten Verhältnisse in den Kauen oder die Aufklärung des Explosionsunglücks im Juli und die Entschädigung der Betroffenen handelte — die Roten Betriebsräte nahmen gemeinsam mit den Kollegen die Sache in die Hand und errangen in einigen Fällen Erfolge.

Die wachsende Sympathie der Kollegen für die kommunistischen Betriebsräte war ein Alarmzeichen für die Kapitalisten und ihre Handlanger, und sie verschärften ihren Terror. Als die bürgerliche Klassenjustiz Bernd verbot, die Werft zu betreten, glaubten sie, Grund zum Jubeln zu haben. Aber noch am selben Nachmittag gehen die vier Roten Betriebsräte auf die Werft. Am „Container" werden sie schon von 300 bis 400 Kollegen erwartet. Als die Roten Betriebsräte zu den Kollegen sprechen, holen die HDW-Kapitalisten die Polizei. Die Roten Betriebsräte werden in einen Polizeiwagen gebracht, müssen allerdings schon nach einer Fahrt von nur zehn Metern wieder freigelassen werden. Aus Angst vor den Kollegen erhalten die Polizisten von höchster Stelle den Befehl, die Lage nur zu „sondieren".

Zum Arbeitertreff der Betriebszelle, der am selben Abend stattfindet, kommen mehrere Kollegen, um gemeinsam mit den Genossen der Partei über die nächsten Kampfesschritte zu beraten. Am nächsten Morgen ruft die Partei für neun Uhr erneut zu einer Versammlung am „Container" auf. Als Genosse Bernd als zweiter Genosse über Megaphon zu den Kollegen spricht, erscheint erneut die Polizei. Sie fordert die Roten Betriebsräte auf mitzukommen. Als sie sich weigern, wird Verstärkung geholt. Die Kollegen sind empört. Einige rufen: **„Bullen runter von der Werft!" „Ihr Schweine. Das sind unsere Betriebsräte!" Und: „Schlimmer als bei den Russen ist das hier!" „Wollt ihr uns vorschreiben, wen wir zu wählen haben?" Inzwischen haben sich fast 500 Kollegen versammelt. Als Polizisten die Roten Betriebsräte wegzerren, versuchen Kollegen, die Genossen zu schützen und halten sie fest.** Schließlich gelingt es den Polizisten doch, die Genossen auf die Wache zu bringen. Hier drohen sie ihnen dann noch mit „Sicherheitsverwahrung", falls sie es erneut wagen sollten, die Werft zu betreten.

Wie groß die Empörung der Kollegen und ihre Solidarität mit den Roten Betriebsräten ist, zeigt sich auch daran, daß die modernen Revisionisten der D„K"P, die die Roten Betriebsräte bislang nur wüst beschimpft hatten, jetzt plötzlich mit einem Flugblatt herauskamen, in dem sie die „Nazimethoden" der Werksleitung verurteilten. Diese Verräter wollen sich an die Spitze der Empörung der Kollegen setzen, um das reichlich ramponierte Ansehen des Gewerkschaftsapparates wieder aufzupolieren. Nichts anderes bedeutet ihre Forderung nach einer Einberufung der Vertrauensmänner.



Die Polizei rückt an. Unter dem Protest der Kollegen werden die Roten Betriebsräte mit Gewalt festgenommen.

Der Kampf geht weiter!

Die Genossen der Partei und die Roten Betriebsräte werden auf dieses Manöver nicht hereinfallen. Der Kampf für die Aufhebung des Werftverbots, für die Wiedereinstellung des Genossen Bernd und gegen die drohende Entlassung der anderen drei Roten Betriebsräte wird weitergeführt. Die Kapitalisten und ihre Handlanger haben, auch wenn es ihnen gelingen sollte, die Roten Betriebsräte von der Werft zu schmeißen, eine Niederlage erlitten. Wie sehr sie fürchten, daß der Einfluß der revolutionären Linie der Partei unter den Arbeitern wächst, wie sehr sie fürchten, daß unter den Kollegen die Einsicht in die Notwendigkeit zum Zusammenschluß im revolutionären Klassenkampf mit dem Ziel der sozialistischen Revolution wächst, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, daß der Erfolg der Partei bei den Betriebsratswahlen auf HDW im neuesten Verfassungsschutzbericht ausdrücklich als Gefahr für die Kapitalisten hervorgehoben wird. **Die Kapitalisten werden in der Zukunft noch mehr Grund haben, sich zu fürchten.**

Nach dem IX. Parteitag der SED-Revisionisten

Zügellose Rationalisierung und Arbeitshetze in der DDR

Die Hauptparole, die zum IX. Parteitag der SED-Revisionisten ausgegeben wurde, hatte bereits darauf hingedeutet, daß der Arbeiterklasse in Ostdeutschland eine noch schärfere Ausbeutung und Ausplünderung bevorsteht. „Aus jeder Mark, jeder Stunde Arbeitszeit und jedem Gramm Material einen größeren Nutzeffekt!" hatte die revisionistische Honecker-Clique angeordnet. Daß das vor allem Intensivierung der Arbeit, größere Arbeitshetze meinte, daraus machte Honecker auf dem IX. Parteitag der SED kaum einen Hehl: Die „Intensivierung" sei der „Hauptweg zur Erhöhung der volkswirtschaftlichen Leistungen". Dementsprechend sind seither zahllose Maßnahmen in den Betrieben und LPGs ergriffen worden, um die jetzt schon mörderischen Akkordnormen und Leistungspläne noch höher zu schrauben.

Den Lügen der SED zufolge sollen diese Maßnahmen den Arbeitern selbst zugute kommen: Denn erhöhte Leistungspläne und Arbeitsproduktivität, so sagen sie, gäben die Grundlage für die weitere Steigerung des Lebensniveaus der Werktätigen. In diesem Zusammenhang wiederholen die SED-Revisionisten gern eines ihrer geflügelten Worte: *„Es bleibt die Grundwahrheit unseres Lebens, daß wir nur das verbrauchen können, was wir zuvor erarbeitet haben."* Nun, die Frage eben ist, wer „erarbeitet" und wer „verbraucht"? Wenn es wirklich so wäre, daß die Herren Direktoren, die SED- und Gewerkschaftsfunktionäre nur das verbrauchen dürften, was sie erarbeitet haben, dann hätten sie gewiß keine Autos, keine Bungalows an der Ostsee, könnten sie kein Luxusleben führen. Und wenn der Arbeiter das bekommen würde, was er erarbeitet hat, dann brauchte er heute nicht Überschichten auf Überschichten machen, um seine Existenz zu sichern.

Die nach dem IX. Parteitag erlassenen Verordnungen über die Erhöhung der Renten und der Mindestbruttolöhne sowie die Einführung der 40-Stundenwoche für Arbeiter, die im Drei-Schichten-System arbeiten, sind keinesfalls ein Beispiel dafür, daß das Lebensniveau der Werktätigen in der DDR „ständig steige". Wie die jährliche Erhöhung der Löhne der westdeutschen Arbeiter keine Erhöhung des Lebensniveaus mit sich bringt, sondern höchstens den Grad des Absinkens des Lebensstandards verringert, so ist es auch in der DDR. Und genauso wie hier der Kampf der Arbeiterklasse einzig und allein diese Lohnerhöhungen durchzusetzen vermag, so ist es auch in der DDR. Freiwillig überläßt die neue Bourgeoisie in der DDR der Arbeiterklasse auch nicht einen Brotkrumen.

Wie sieht denn diese „Steigerung des Lebensniveaus", die Honecker auf dem IX. Parteitag verhieß, aus? Erstens steigen die Profite, wachsen die Reichtümer der neuen Bourgeoisie viel schneller als die Löhne der Arbeiter und Bauern. Zudem werden wichtige Leistungen des Staates, der sich in den Händen der neuen Bourgeoisie befindet, für die Werktätigen immer stärker abgebaut, wie z.B. auf dem Gebiet des Gesundheitssystems, der Kultur und Bildung der Werktätigen usw. Und schließlich verschlechtert sich die Lebenslage der Werktätigen gerade durch die gesteigerte Arbeitshetze, durch die immer breitere Einführung der kapitalistischen Akkord- und Leistungsnormen in den Betrieben.

„Sozialistischer Wettbewerb" oder kapitalistische Ausbeutermethoden?

Es kostet die neue Bourgeoisie schon eine ganze Menge Mühe und vor allem Lügen, um ihre kapitalistischen Ausbeutungsmethoden mit einem sozialistischen Etikett zu versehen und als „sozialistischen Fortschritt" auszugeben. Die SED versucht dabei natürlich den Eindruck zu erwecken, daß die Initiativschichten, Subotniks, die Vorschläge für die Intensivierung der Arbeit usw. alle von den Arbeitern selbst stammen würden, ihren Wünschen und ihrem Willen entsprechen würden. Doch das Gegenteil ist der Fall. Diese Maßnahmen werden in der Regel von Funktionären der Partei der neuen Bourgeoisie, der SED, vorgeschlagen und gegen den Widerstand der Arbeiter in den Betrieben durchgesetzt.

Ein Beispiel dafür gibt der Bericht der SED-Organisation in Halle über die „erfolgreichen Maßnahmen zur Intensivierung der Produktion beim Chemiewerk Leuna", die auch in anderen Betrieben übernommen wurden. In dem Bericht heißt es dazu, wie man das durchgeführt hat: *„Kurz und knapp könnte man sagen, durch eine kontinuierliche politisch-ideologische Arbeit der Bezirksparteiorganisation, durch eine straffe Leitungstätigkeit und durch eine exakte Analyse der vorhandenen Gegebenheiten ... Die Bezirksleitung nutzte dabei die Erfahrungsaustausche mit Wirtschaftssekretären der Kreisleitungen und Parteisekretären ausgewählter Betriebe, regelmäßige Zusammenkünfte mit bewährten Neuerern, Treffs mit hervorragenden Agitatoren und Propagandisten und Veröffentlichungen im Organ der Bezirksleitung ‚Freiheit'."*



Der Bezirksleitung fiel natürlich nicht im Traum ein, auch Arbeiter zu diesen Gesprächen einzuladen. Denn die hätten ihnen in der Tat etwas ganz anderes über „die Notwendigkeit der Erhöhung von Arbeitsproduktivität" und die Arbeitshetze erzählt, als die „hervorragenden Agitatoren", die Wirtschafts- und Parteisekretäre. Gegen die Arbeiter gilt es vielmehr, wie es in dem Bericht heißt, „straffe Leitungstätigkeit" auszuüben, damit die Maßnahmen der neuen Bourgeoisie durchgesetzt werden. Und wenn der Arbeiter zu recht nicht einsieht, warum er sich den immer zahlreicheren Methoden dieser Ausbeutung beugen soll, dann braucht der Arbeiter eben „eine kleine Sehhilfe", wie versteckt in einer Karikatur des „Neuen Deutschland" den Werktätigen gedroht wird.

Nicht eine Minute Zeit, um Luft zu holen.

Wie weit diese neuen Antreibermethoden gehen, zeigt das Beispiel der „Bewegung Goldene Minute". Erfunden wurde sie von dem SED-Revisionisten Kurt Pickert. Er ist Meister und SED-Sekretär im Braunkohlenkombinat Espenhain und war als Delegierter auf dem IX. Parteitag. Mit der „Bewegung Goldene Minute" wird von jedem Kollegen verlangt, daß er einen genauen persönlichen Plan seiner Arbeit aufstellt, der zum Ziel hat, **jede Minute** — daher „Goldene Minute" —, die nicht für die Produktion genutzt wird, einzusparen, zu streichen. Diese persönlichen Pläne werden für Tage, Monate und Jahre aufgeschlüsselt und genauestens von der Betriebsleitung kontrolliert.

Das heißt, verglichen mit den Antreibermethoden im Westen: Es wird eine Arbeitsplatzbewertung aufgestellt, die nicht nur auf die einzelnen Arbeitsplätze, sondern sogar auf den einzelnen Kollegen hin genau abgestimmt und festgelegt wird. Und das Zynische dabei: Der Kollege wird sogar noch dazu gezwungen, diese Aufstellung selbst anzufertigen, wobei er genau kontrolliert wird. Das Ziel, das mit diesen persönlichen Plänen verfolgt wird, ist zum einen, die Ausbeutung der Arbeiter zu erhöhen, zum anderen aber auch, unter den Arbeitern eine Konkurrenz zu erzeugen, die die Arbeiterklasse spaltet und gegenüber den Maßnahmen der neuen Bourgeoisie schwächt.

Eine weitere Erhöhung der Ausbeutung wird durch die vielen Überschichten erzielt, die in den meisten Großbetrieben durchgeführt werden. Denn durch die Überschichten kann, ohne mehr Arbeiter anzustellen und zu entlohnen, die neue Bourgoisie die Produktion steigern. Neben den vielen Überschichten ist es aber vor allem auch die Einführung von Mittags- und Nachtschichten in vielen Betrieben, die die Arbeitsbedingungen der Werktätigen erheblich verschlechtern. **Zumeist ist die Einführung des Mehrschichtensystems mit Rationalisierungsterror gekoppeln: Die Betriebe erhalten die Aufgabe, das Mehrschichtensystem möglichst mit dem gleichen Arbeitskraftpotential wie vorher durchzuführen. So lobte das „Neue Deutschland" die Manager des VEB Starkstromanlagenbaus Magdeburg, denn: „Rund die Hälfte, die für Mehrschichtbesetzung der Aggregate erforderlich waren, ist durch die Rationalisierung im Betrieb gewonnen worden."**

„Neugestaltung der Arbeitsplätze" heißt Rationalisierungsterror

Diesen Rationalisierungsterror versuchen die SED-Revisionisten natürlich zu vertuschen. Sie reden stattdessen von „Um- und Neugestaltung der Arbeitsplätze". Sie sagen, sie würden dabei zwei Ziele verfolgen: erstens die Maschinen besser auszulasten und zweitens die Arbeit der Werktätigen „zu erleichtern". Ein Beispiel dafür, wie es in Wirklichkeit mit der „Erleichterung der Arbeit" für die Werktätigen nach der „Neugestaltung" der Arbeitsplätze aussieht, ist die Automatendreherei des Berliner Wälzlagerwerkes „Josef Orlopp". Dort wurden vor einiger Zeit die Vier-Spindel-Drehautomaten, von denen ein Arbeiter je drei bediente, abgelöst durch neue Sechs-Spindel-Modelle, von denen nur je zwei von einem Dreher bedient werden konnten. Doch der neuen Bourgeoisie brachte das noch nicht genug. Im „Neuen Deutschland" heißt es dazu: *„Zwei ‚Sechs-Spindler', ein Automatendreher, hieß die übliche Faustformel. Und so heißt sie auch heute noch in manchen Betrieben. Doch damit wäre die Rechnung im Wälzlagerwerk nicht aufgegangen. Erstens waren dafür weder Arbeitskräfte vorhanden noch vorgesehen. Zweitens hätte man so einen beträchtlichen Teil des möglichen Zeitgewinns, den die neuen hochproduktiven Anlagen zu bieten hatten, wieder abstreichen müssen. Und drittens stand vor dem Betriebskollektiv die Aufgabe: Leistungsanstieg durch Intensivierung."* Das „Neue Deutschland" berichtet weiter: *„Heutiger Stand: Je ein Kollege fährt zwei ‚Sechs-Spindler' und einen ‚Vier-Spindler'. Das sind zusammen 16 Arbeitsspindeln statt der zwölf bei der Dreimaschinenbedienung alter Automaten."*

Es wurden also die neuen Maschinen nicht etwa angeschafft, um die Arbeit der Kollegen zu erleichtern und zu verbessern, sondern um die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Arbeitskraft besser ausbeuten zu können, sie mehr in der gleichen Zeit arbeiten zu lassen.

Wer profitiert von der Rationalisierung?

Was all diese Rationalisierungsmaßnahmen, die die Intensivierung der Arbeit, die höhere Ausbeutung der Werktätigen zum Ziel haben, der neuen Bourgeoisie in der DDR wie auch den russischen Sozialimperialisten, die in der DDR ständig den Rahm abschöpfen, an Profit einbringen, ist ungeheuerlich. Das Beispiel eines Betriebes, des Kombinats VEB Elektro-Apparate-Werke Berlin Treptow, mag das verdeutlichen. Dort beschloß die Vertrauensleutevollversammlung, die unter dem Diktat des sozialfaschistischen FDGB-Gewerkschaftsapparates (der wie im Westen der DGB eine Agentur der Bourgeoisie ist) steht: *„Wir verpflichten uns, im 2. Halbjahr 1976 die Arbeitsproduktivität zusätzlich um 1% zu steigern, die Selbstkosten um weitere 1,1 Millionen Mark zu senken und zusätzlich eine Arbeitszeit von 108 000 Stunden einzusparen."* Das bedeutet eine Erhöhung des Profits, von der selbst die westlichen Kapitalisten träumen; denn solche Erhöhungen sind nur unter den Bedingungen einer faschistischen Diktatur möglich, wie sie unter Hitler herrschte oder wie sie heute unter dem Regime der Honecker-Clique und ihrer Moskauer Herren besteht. Denn dort wird jeder Widerstand der Arbeiterklasse mit offenen Terrormaßnahmen der Bourgeoisie bedroht.

Einen Eindruck davon, wie in den nächsten Jahren die Ausbeutung der Werktätigen in der DDR verschärft werden soll, gibt auch eine Übersicht der Jahre 1971 bis 1975. In diesem Zeitraum wurden **allein durch Rationalisierung, durch verschärfte Arbeitshetze und Überschichten** soviel **zusätzlicher** Profit für die neue Bourgeoisie geschaffen, als wenn 1,9 Millionen Werktätige während dieser Zeit kostenlos gearbeitet hätten.

Für die Werktätigen sinkendes Lebensniveau

Aber profitieren davon die Werktätigen, wie die SED-Revisionisten das immer so lauthals verkünden? Die paar Mark, die die Werktätigen jährlich mehr erhalten, stehen keinesfalls in einem realen Verhältnis zu den höheren Arbeitsleistungen, die sie zu erbringen haben, zu den ständig höher geschraubten physischen und psychischen Anstrengungen am Arbeitsplatz. Im Gegenteil, die Werktätigen werden dabei nicht nur um ihren Lohn betrogen, sondern die vielen Initiativschichten, Überschichten und unentgeltliche Arbeitsverpflichtung führen noch dazu, daß die Freizeit der Werktätigen geringer wird, daß das Familienleben der ausgelaugten Arbeiter erheblich leidet, ihr Gesundheitszustand sich verschlechtert.

Für die neue Bourgeoisie steigende Ausbeutungsraten

Das dicke Geld aber stecken all die kleinen und großen Bonzen und Bosse ein. Das fängt an mit den kleinen Handlangern der neuen Bourgeoisie im Betrieb, den Meistern, Abteilungsleitern, den kleinen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, die um so höhere Prämien erhalten, je mehr sie die Arbeiter antreiben. Es folgen die Mitglieder der unteren Bourgeoisie, die Leiter von mittleren Betrieben, mittlere Partei-, Gewerkschafts- und Staatsfunktionäre des sozialfaschistischen Apparates, die bereits direkt an der Ausbeutung beteiligt sind. Und schließlich ist es die neue Bourgeoisie selbst, samt den Kremlzaren in Moskau, die den Löwenanteil des Profits erhält, ihr Kapital ständig erweitert und die Ausbeutung damit immer mehr steigern kann. **Sie alle sitzen den Werktätigen in der DDR im Genick, saugen ihnen das Blut aus. Sie sind es, die das verbrauchen, was die Arbeiter der DDR erarbeitet haben, während die Arbeiterklasse nicht anders als in Westdeutschland oder in jedem anderen kapitalistischen Land davon ausgeschlossen ist, die Früchte ihrer Arbeit zu ernten.**

„Die Intensivierung als Hauptweg zur Erhöhung der volkswirtschaftlichen Leistungen", wie Honecker es auf dem IX. Parteitag formulierte, ist eine revisionistisch-kapitalistische Formel, die mit Sozialismus nichts gemein hat. Sie verbirgt lediglich das zugrundeliegende kapitalistische Prinzip: „Durch Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit höhere Ausbeutungsraten für die Bourgeoisie."

Sicherlich, in den wirklich sozialistischen Ländern wie China und Albanien, werden immer modernere Maschinen hergestellt und in Betrieb genommen. Und natürlich sollen diese Maschinen auch ausgelastet werden, Arbeitskräfte einsparen, die an anderen Plätzen eingesetzt werden können. Doch dort geschieht dies tatsächlich im Dienst der Arbeiterklasse. Zum einen ist die Arbeiterklasse dort uneingeschränkter Herrscher über Staat und Produktion, so daß die Arbeit der Arbeiterklasse und allen Werktätigen zugute kommt. Darüberhinaus aber dient der Einsatz neuer Maschinen der Arbeitserleichterung der Werktätigen. In der DDR dagegen wie in allen revisionistischen Ländern, wo Sozialismus nur Tarnwort für kapitalistische Verhältnisse ist, werden neue, modernere Maschinen dann eingesetzt, wenn sich dadurch die Arbeitskraft des Arbeiters stärker ausbeuten läßt. Für die Werktätigen der DDR bedeutet das keine Arbeitserleichterung, sondern mehr, schnellere und anstrengendere Arbeit — für die Profite der Bourgeoisie.

Wahrhaft sozialistische Verhältnisse, wo die Arbeiterklasse ihre Diktatur ausübt gegen die Bourgeoisie, wo die Arbeiter selbst die Herren der Produktion sind, wo die Produktion im Interesse der Werktätigen gesteigert wird und sich ihr Lebensniveau ständig erhöht, die werden in der DDR ebenso wie in den westlichen kapitalistischen Ländern nicht durch diese oder jene Änderung, diese oder jene Reform erreicht werden können, sondern nur dadurch, daß die Arbeiterklasse die Bourgeoisie, in der DDR die neue Ausbeuterklasse, stürzt und ihre Herrschaft, die Diktatur des Proletariats errichtet.

Spendet für den Aufbau der KPD/ML SEKTION DDR auf das Spendenkonto des Vorstandes der KPD/ML Stadtsparkasse Dortmund Kto.Nr.: 321 004-547 Stichwort: KPD/ML Sektion DDR

Prozeß gegen Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert

Bundesquasselbude Bonn

Manche erinnern sich noch an die „Affäre Steiner" im April 1972, einen der zahllosen Bestechungsskandale im Deutschen Bundestag. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Steiner hatte damals mit seiner Stimmabgabe verhindert, daß die Regierung Brandt vorzeitig durch einen Mißtrauensantrag der CDU/CSU zu Fall gebracht wurde. Steiners Gewissen schlug, und er stimmte für Brandt. Sein Gewissen allerdings hatte die SPD 50.000 DM gekostet. Der „Rote Morgen" schrieb damals, was die Spatzen schon von den Dächern pfeifen: „Bonner Parlamentarier — korrupt bis auf die Knochen!" Das Ganze hatte ein gerichtliches Nachspiel. Für Steiner, für die korrupten Abgeordneten? Nein, für den „Roten Morgen", für die, die den Sumpf von Heuchelei, Volksbetrug und Bestechung des bürgerlichen Parlaments anprangerten. Nachdem Genosse Ernst Aust, damals verantwortlicher Redakteur des „Roten Morgen", und Genosse Gernot Schubert als damaliger Verleger 1974 in der ersten Instanz zu 2000 bzw. 1500 DM Geldstrafe verurteilt wurden, begann jetzt am 3. September in Hamburg die Berufungsverhandlung vor dem Landgericht.

Die Aufgabe, vor der das Klassengericht stand, war nicht leicht. Immerhin war es vom Deutschen Bundestag amtlich beauftragt worden, die „Ehre" der Bonner Parlamentarier und des Parlaments zu retten, was an sich schon ein unlösbares Problem ist. Hinzu kam, daß die Klassenjustiz mit der großen Solidarität für Genossen Ernst und Gernot rechnen mußte. Die Vorbereitungen im Gericht waren entsprechend. Schon bei der Ankunft wunderten sich die Zuschauer, daß ein ganzer Trakt des Gerichts abgesperrt und die Tür von einem livrierten Gerichtslakaien streng bewacht wurde. Dennoch kam später heraus, was sich hinter der Tür verbarg. Der Gerichtssaal, der dem Verhandlungsraum benachbart lag, war vollgestopft mit Bereitschaftspolizei, die nur darauf wartete, herbeigepfiffen zu werden, um den Zuschauerraum zu räumen...

Die Angst des Gerichts war nicht unbegründet. Wenige Minuten nach Prozeßbeginn waren es bereits 20 Menschen, die vor dem völlig überfüllten Verhandlungssaal standen. Aber selbst, als nach einer weiteren Viertelstunde über 40 Genossen und Freunde Einlaß begehrten, weigerte sich das Gericht, die Anträge der Verteidigung nach mehr Zuschauerbänken oder einem größeren Saal zu entsprechen.

„Ob es politische Verfolgung gibt — die Antwort werden Sie beim Urteil kriegen!"

Es war von Prozeßbeginn an klar, daß es dem Gericht nicht um „Wahrheitsfindung", sondern um die Vertuschung der Wahrheit, nicht um „Recht", sondern um Verurteilung der Angeklagten ging. Der Richterin Lilie entschlüpfte dabei ein offenes Wort:

Genosse Ernst: *„Ich frage das Gericht, gibt es in der Bundesrepublik politische Verfolgung und Unterdrükkung oder nicht?"*

Richterin: „..."

Genosse Ernst: *„Haben Sie gehört? Ich frage, ob es hier politische Verfolgung gibt."*

Richterin: *„Ich habe Ihre Frage zur Kenntnis genommen. Fahren sie fort."*

Genosse Ernst: *„Ich fahre nicht fort, ich will eine Antwort von Ihnen!"*

Richterin: *„Die werden Sie im Urteil schon kriegen!"*

Die beiden Genossen wiesen dann nach, daß die Bourgeoisie auch im Falle dieses Prozesses gegen den „Roten Morgen" ihre eigenen Gesetze bricht, indem sie programmatische Aussagen unserer Partei und des Marxismus-Leninismus strafrechtlich verfolgt, obwohl das sogenannte Parteienprivileg dies verbietet. Genosse Gernot führte dies aus:

„Was Sie mit dem Verfahren wollen, ist, uns daran zu hindern, für unser Programm und unsere politischen Ziele einzutreten. In der Gründungserklärung unserer Partei heißt es: *‚Die KPD/ML weiß, daß die herrschende Klasse ihre Machtpositionen nicht widerstandslos räumt. Sie zu zerbrechen kann nicht über das Parlament geschehen, sondern nur durch den revolutionären Akt der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur, der Herrschaft der großen Mehrheit des Volkes.'* Das haben Sie in ihrer Urteilsbegründung selbst zitiert. Das ist eine Grundaussage der Partei und des Marxismus-Leninismus. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir vor den werktätigen Massen die Schandtaten und Verbrechen des Bundestags entlarven. Wir machen das nicht böswillig und um das bürgerliche Parlament ‚verächtlich' zu machen (daß ist es in den Augen der Arbeiterklasse ohnehin), sondern, um die politischen Ziele unserer Partei zu erreichen. Das ist dem Gericht doch klar. Hier geht es darum, unsere Partei eben daran zu hindern, auch wenn Sie dabei Ihre eigenen Gesetze brechen müssen...

Der Antrag, das Verfahren gegen den „Roten Morgen" einzustellen, wird abgelehnt.

Dann nahmen Genosse Ernst und Genosse Gernot zu dem Urteil und zu der Anklage Stellung. Genosse Ernst sagte dabei u. a. folgendes:

„Es gibt also politische Verfolgung und Unterdrückung in der Bundesrepublik. Darum stehen wir hier vor Gericht. Was ist denn angeklagt? Der „Rote Morgen" hat geschrieben, daß das Bonner Parlament eine Schwatzbude des Kapitals ist, das nichts Besseres verdient, als durch die revolutionäre Gewalt der Volksmassen auseinandergetrieben zu werden. Richtig. Der „Rote Morgen" schrieb ja damals: *‚Klarer als je zuvor ist, daß in diesem Parlament nicht Vertreter des Volkes sitzen, sondern Huren des Kapitals.'* Nun wird immer gesagt, das wäre von uns böswillig. Ist es aber gar nicht. Es ist doch nicht böswillig, wenn man mal die Tatsachen nennt, wie sie sind.

Nein, wir sind nicht böswillig. Wir sagen in aller Sachlichkeit: Auch die Herren Richter, und natürlich auch Sie, Frau Richterin, sind Huren des Kapitals. Damit meinen wir nicht, daß Sie auf den Strich gehen. Aber Sie werden bezahlt, kriegen Ihr Geld, um uns für unsere politische Gesinnung zu verurteilen und zu verfolgen. Das sind Tatsachen. Sie klagen uns wegen ‚Beleidigung' an, weil wir sagen, in der Bundesrepublik herrsche eine Diktatur des Kapitals. Wieso ist das eine Beleidigung? Wer fühlt sich da beleidigt? Das ist doch die Wahrheit. Wir sagen jedenfalls ganz offen: Wir sind für die Diktatur des Proletariats...

Nehmen wir einmal das Grundgesetz. Da heißt es in § 3, Absatz 3: *‚Niemand darf wegen seiner... politischen Anschauungen benachteiligt werden.'* Also, 3.000 DM Geldstrafe, das empfinde ich als Benachteiligung. Aber das Grundgesetz ist eben das Papier nicht wert, auf dem es gedruckt wird. Sie betrachten es ja auch als einen Fetzen Papier. Sie haben eine politische Sonderjustiz aufgebaut, auch hier, und die unterscheidet sich praktisch nicht von den faschistischen Sondergerichtshöfen. Der einzige Unterschied besteht noch in der Höhe der Strafen. Gestern waren es Geldstrafen, heute spricht man schon ein bis zwei Jahre Gefängnis aus. Wann wird man wieder bei Gaskammern sein? In zehn Jahren?

Aber zurück zur Anklage. Wir sind die Nachfolgeorganisation der alten revolutionären KPD. Das erklären wir offen. Warum verbietet man uns denn nicht? ‚Aus Opportunitätsgründen', sagt man bei Ihnen. Sie drehen die Gesetze, wie es politisch opportun ist. Deshalb versuchen sie jetzt, unsere politischen Grundaussagen strafrechtlich zu verfolgen. Lenin schrieb: *‚... hat die Geschichte der bürgerlichen Demokratie die Parlamentstribüne... zu einem hauptsächlichen Tummelplatz für unerhörte Gaunereien, finanzielle und politische Betrügereien am Volk, für Karrierismus, Heuchelei und Unterdrückung der Werktätigen gemacht. Daher ist der glühende Haß der besten Vertreter des revolutionären Proletariats gegen die Parlamente völlig gerechtfertigt.'* (...) Das ist unsere Linie, das ist ein Prinzip des Marxismus-Leninismus. Ich möchte Ihnen etwas aus unserer Grundsatzerklärung



Am 3. Verhandlungstag im Berufungsprozeß gegen den Duisburger Kommunisten Hanfried Brenner verhängte das Gericht vier Tage Ordnungshaft. Gleichzeitig besetzten rund 30 Beamte der politischen Polizei den Zuschauerraum, die nur darauf warteten, gegen die Zuschauer vorgehen zu können. Dazu kam es aber aufgrund der Disziplin der Zuschauer nicht. Genosse Hanfried war in der 1. Instanz zu 12000 DM Geldstrafe verurteilt worden. Nächster Prozeßtermin: Mo., 13. 9., 9.00 Uhr, Landgericht, König-Heinrich-Platz, Zi 101 in Duisburg. Bild: Stand der Partei zum Prozeß gegen Hanfried Brenner.

vorlesen:

„Jeder von uns weiß, daß er durch seiner Hände Arbeit nicht reich werden kann. Reich werden kann man nur, indem man andere Menschen für sich arbeiten läßt, ihre Arbeitskraft ausbeutet. Das aber können eben nur jene, die die Produktionsmittel besitzen, also ihr Kapitalisten. Indem ihr euch den größten Teil des Wertes unserer Arbeit aneignet, man könnte auch sagen ‚stehlt', macht ihr Profit, erhaltet ihr neue Mittel, um neue Maschinen anzuschaffen, neue Werke zu errichten und euer Luxusleben zu finanzieren (...) *Und es ist euer Staat, der diesen Diebstahl schützt, es ist euer Parlament, das durch den Erlaß entsprechender Gesetze* (*z. B. die Verfassung, das Grundgesetz*) *diesen Raub, diesen Diebstahl absichert. Wohin aber gehören Räuber und ihre Raubhelfer? Hinter Gitter!'"* Genosse Ernst führt dann aus, daß das größte Verbrechen der imperialistischen Ausbeuterordnung der Krieg ist und fährt fort:

„Ich selber war, das haben Sie ja aus den Akten vorgelesen, Soldat, war als Fallschirmjäger in Afrika, und ich habe drei Jahre im Schützengraben gelegen. Als ich dieses sinnlose Gemetzel sah; als ich sah, wie meine Kameraden neben mir von Granaten zerfetzt wurden, da fragte ich mich: Wer ist Schuld, wer verantwortet diesen Wahnsinn? Das sind eben die Imperialisten. Ich wurde Kommunist. In unserer Grundsatzerklärung steht: *‚Kann es mit den imperialistischen Anstiftern dieser Kriege und ihren Kreaturen überhaupt ein Erbarmen geben? Sie, die Finanzgewaltigen, die Herren der Monopole und Banken, sind sie nicht die größten Massenmörder der Geschichte? Wohin aber gehören Massenmörder und ihre Helfershelfer? An den Galgen!'"*

„Sollen wir sagen, in einer stinkenden Kloake ist frisches Quellwasser?"

Dann sprach Genosse Gernot. Er sagte u. a.: „Ich unterstütze voll und ganz, was Genosse Ernst Aust gesagt hat. Ich möchte noch einige Ergänzungen machen und auf die Anklage eingehen. Genosse Ernst hat vom Grundgesetz gesprochen und daß es ein Fetzen Papier sei. Nehmen wir einmal als Beispiel die ‚Präambel' des Grundgesetzes, die beweist, was die Bourgeoisie von ihren eigenen Gesetzen hält. Da heißt es z. B.: *‚Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk... dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.'* Das deutsche Volk hat beschlossen? Die Regierung Adenauers hat dieses Gesetz gemacht, und es ist bekannt, daß Adenauer, daß die deutsche Monopolbourgeoisie die nationale Einheit Deutschlands mit Füßen getreten haben, daß Adenauer die Gründung des westdeutschen Spalterstaates betrieb, um wenigstens einen Teil Deutschlands dem Kapitalismus zu erhalten. Außerdem ist bekannt, daß dieses Grundgesetz auf Befehl der alliierten Besatzung zustande kam..." (Gernot führt im weiteren ein Dokument an, in dem die imperialistischen Besatzer Adenauer Befehle über die Abfassung des Grundgesetzes übermitteln und ihn darauf hinweisen, daß natürlich das Besatzerstatut über dem Grundgesetz stünde). Er fährt fort: „Die Bourgeoisie weiß das alles. Die Beweise, die ich vorgetragen haben, stammen aus offiziellen amtlichen Quellen. Und so, wie die Bourgeoisie schon die Präambel des Grundgesetzes mit Füßen tritt und verhöhnt, verhält es sich erst recht mit den Paragraphen: mit der Pressefreiheit, der Versammlungsfreiheit usw. Das ist alles ein Riesenbetrug, und darum wollen wir diesen kapitalistischen Staatsapparat auch stürzen.

Und genauso, wie die Bourgeoisie selber weiß, daß ihre Gesetze nur Betrug sind, weiß sie und sagt das sogar offen, daß ihr Parlament eine bloße Schwatzbude ist. Ein ganz kleines Beispiel der letzten Tage: Bundespostminister Gscheidle prahlte kürzlich in der Presse über die Leistungsfähigkeit seiner Post. Als Beweis führte er einen Brief an, der als Adresse die Aufschrift trug: ‚An die Bundesquasselbude Bonn'. Der Brief ist ohne Verzögerung dem Bundestag zugestellt worden...

Ich habe jetzt nicht die Zeit, hier noch einmal den Riesensumpf von Bestechung, Schieberei und Betrug im einzelnen aufzuzählen, der in Bonn herrscht. Ich habe das in der Verhandlung der ersten Instanz getan, und Sie können das in den Akten, z. B. in den abgelehnten Beweisanträgen, nachlesen. Dem haben Sie nichts entgegenzustellen. Es ist bezeichnend, wie Sie in der Urteilsbegründung die Ehre der Abgeordneten und des Parlaments retten müssen. Sie schreiben dort in der Ehrenrettung: Bis jetzt wäre ja nur ein Abgeordneter, der Steiner, geständig gewesen! Zweifellos haben Sie recht, geständig war nur der eine. Nur ist die Tatsache, daß die anderen korrupten Politiker ihre Verbrechen ableugnen, nicht gerade eine Ehrenrettung..." Genosse Gernot führt dann einige Beispiele von Korruptionsfällen aus der Frühzeit des Bundestages an und fährt fort: „Und so ging es weiter. Nach Steiner kam die Pan-Am-Affäre. Jetzt haben wir den Lockheed-Skandal, und wir wissen noch nicht, was da alles noch ans Tageslicht kommt. Oder nehmen Sie die Satzung des Bundestages. Das angebliche „Volksvertretungsorgan" ist geschäftsfähig, wenn ganze zwei Abgeordnete da sind, nämlich der Präsident und ein Redner! Und viel mehr sind wohl auch selten anwesend, höchstens mal bei Fernsehübertragungen. Ansonsten kommen die Herren Abgeordneten morgens, tragen sich in die Anwesenheitsliste ein, kassieren das Sitzungsgeld und verschwinden dann wieder. Das ist doch die Wahrheit: Die Abgeordneten sind korrupt bis auf die Knochen, sind arbeitsscheue Müßiggänger und das Parlament nichts als eine Quasselbude. Und Sie, das Gericht, sitzen hier vor der Aufgabe, das zu vertuschen und zu verschleiern! Aber Sie, das Gericht, kennen ja die Verbrechen ihrer Klasse. Ihre Urteilsbegründung besagt: Sicher mag es sein, daß unser Parlament korrupt bis auf die Knochen ist — aber sagen darf man das nicht!

Sie schreiben in Ihrer Urteilsbegründung, wir könnten ja durchaus unsere Politik verfolgen, wenn wir uns im Rahmen der Verfassung und der Gesetze halten würden. Ich erkläre hier für mich und meine Genossen, daß wir uns niemals, weder durch Zuckerbrot, durch so ein ‚Angebot', noch durch die Peitsche, das Terrorurteil der Klassenjustiz, zwingen lassen, das Parlament eine ‚Volksvertretung' zu nennen. Sollen wir sagen, in einer Jauche-Kloake befände sich frisches Quellwasser? Sie verlangen aber, daß wir die Jauche zu Quellwasser erklären sollen, obwohl sie schon zum Himmel stinkt! Bekanntlich gibt es ein großes Verbrechersyndikat, die Mafia. Man weiß auch, daß niemand, der ihr angehört oder sich in ihrer Gewalt befindet, dieses Verbrechersyndikat Mafia nennt bzw. nennen darf. Sie müssen sagen: ‚Gesellschaft der Ehrenwerten Herren.' Das kann man mit unseren Verhältnissen vergleichen. Das Bonner Verbrechersyndikat darf man auch nicht verbrecherisch nennen. Wir lassen uns aber nicht zwingen, den Bonner Korruptionssumpf als ‚Gesellschaft der Ehrenwerten Herren' zu bezeichnen! Allerdings, verglichen mit dem westdeutschen Imperialismus, dessen Kreatur Sie sind, ist die Mafia eine Bande harmloser Taschendiebe...

Es kommt der Tag, an dem wir diesen Staatsapparat in der sozialistischen Revolution gewaltsam zerschlagen. Dann werden wir mit Ihnen verfahren, wie Sie es verdienen. Die Kleinen werden wir versuchen, durch Arbeit umzuerziehen. Die Großen allerdings kommen an den Galgen! Das soll keine Drohung sein. Es ist einfach die Perspektive für Sie, wenn wir, wenn das Volk die Macht erringt und sich seine sozialistische Gesellschaft aufbaut, wie es heute schon in China und Albanien geschieht."

Nach den Stellungnahmen der beiden Angeklagten und der Verlesung verschiedener Artikel des „Roten Morgen", für die Genosse Ernst bereits bestraft wurde (seine Strafe soll mit der jetzt zu erwartenden zusammengezogen werden), wurde die Verhandlung überraschend abgebrochen. Der Termin, an dem das Urteil zu erwarten ist, findet am Mittwoch den 8. September statt.

Kissinger trifft Vorster

Neue Komplotte gegen das Volk von Azania

Am 4., 5. und 6. September ist der Chef des südafrikanischen Rassistenregimes, Vorster, in Zürich erneut mit dem Abgesandten des amerikanischen Imperialismus, Kissinger, zusammengetroffen. Das Treffen stand ganz im Zeichen neuer Kämpfe der Völker von Namibia, Azania und Simbabwe gegen die rassistischen Regime.

In Azania setzten vor allem die Jugendlichen in allen größeren Städten ihre machtvollen Demonstrationen gegen die rassistische Unterdrückung fort. Mehrmals formierten sich Tausende von Afrikanern in Kapstadt zu großen Demonstrationszügen und zogen in die Viertel der Weißen. Erneut mußten sie sich dabei gegen die brutalen Angriffe der rassistischen Polizei und Armee zur Wehr setzen, die Gummiknüppel und Tränengas einsetzten. um die Demonstranten aufzulösen. Die Rassisten eröffneten zum wiederholten Mal das Feuer auf die demonstrierenden Volksmassen und ermordeten zahlreiche Afrikaner. Aber wie die vergangenen Monate seit dem Beginn der Kämpfe in Soweto zeigen, sind Gewalt und Terror des rassistischen Regimes nicht in der Lage, den Kampfesmut und die Kampfentschlossenheit des Volkes von Azania zu brechen.

„Die Ereignisse in Soweto und anderen Städten in unserem Land", erklärte David Sobeko, einer der Führer des „Pan Africanist Congress of Azania" (PAC), „sind der Beginn des Endkampfes, der zur vollständigen Liquidierung des Apartheit-Regimes führen wird."

Angesichts dieser Lage, der Bedrängnis, in der sich das rassistische Vorster-Regime befindet, trafen sich Kissinger und Vorster in Zürich, um neue Komplotte gegen das Volk von Azania und die übrigen Völker des südlichen Afrika auszuhecken. Die amerikanischen Imperialisten, die unverändert die Hauptstützen der rassistischen Regime sind, posaunen jetzt in alle Winde aus, daß sich ihre Haltung gegenüber den Völkern des südlichen Afrika gewandelt habe und sie angeblich sogar den Wunsch hegten, den Völkern bei der Verwirklichung ihres Rechts auf Selbstbestimmung zu helfen.

Das sind jedoch lediglich Manöver des USA-Imperialismus. „Das ist nicht schwer einzusehen", heißt es dazu in einem Beitrag von Radio Tirana, „wenn man die Hauptthesen dieser sogenannten neuen Afrikapolitik



Kapstadt: Tausende von Demonstranten beim Marsch in die Viertel der Weißen. Wenig später eröffnet die Polizei das Feuer.

Washingtons analysiert. In einer Rede in Philadelphia erklärte Kissinger am 31. August, das Wichtigste dieser neuen Politik beruhe auf der Zusammenarbeit zwischen den Befreiungsbewegungen auf der einen und den Rassistenregimen Pretorias und Salisburys auf der anderen Seite. Für die sogenannte amerikanische Unterstützung verlangt der US-Imperialismus, daß die Völker von Azania, Namibia und Simbabwe ihren Kampf gegen die rassistische Unterdrückung einstellen und Verhandlungen mit ihren Mördern und Unterdrückern aufnehmen. Mit einem Wort: Die US-Imperialisten wollen durch betrügerische Verhandlungen das erreichen, was die Rassistenregime von Pretoria und Salisbury durch Feuer und Schwert nicht zu erreichen vermögen, nämlich den Befreiungskampf der afrikanischen Völker zu unterdrücken. **Die US-Imperialisten und ihre Werkzeuge, die Rassistenregime, wissen sehr genau, daß der erfolgreiche Befreiungskampf das Ende ihrer Besatzung und Ausplünderung der Völker bedeutet, und sie fürchten sich davor...**

Die Rassistenregime in Pretoria und Salisbury sind eine Ausgeburt des USA-Imperialismus, und die USA sind es, die sie aufrechterhalten. Die amerikanischen Monopole haben stark in Afrika investiert und plündern unbarmherzig die großen Schätze der afrikanischen Völker. Die Rassistenregime sind die Stützen für diese Ausbeutung und Ausplünderung durch die amerikanischen Monopole.

Die Völker von Namibia, Azania und Simbabwe aber haben zu den Waffen gegriffen und bekämpfen tapfer die Regime von Pretoria und Salisbury. Sie haben ihnen starke Schläge versetzt. Die Apartheitpolitik hat inzwischen den Haß aller Völker auf sich gezogen, was sich besonders nach den neuesten Ereignissen in Südafrika gezeigt hat, wo die faschistische Polizei die afrikanischen Einwohner niedermetzelte. Unter diesen Bedingungen beeilen sich die US-Imperialisten, die Rassistenregime in Schutz zu nehmen. Einerseits stärken sie sie mit Waffen und Dollars und andererseits verstärken sie die Unterwanderung der Reihen der afrikanischen Völker. Gerade diese Wühlarbeit ist auch der Inhalt der von Washington propagierten sogenannten „Zusammenarbeit oder Teilung der Macht zwischen den Afrikanern und den weißen Minderheiten".

Lockheed - Skandal

"Saubermann" Franz-Josef Strauss

Der Lockheed-Skandal schlägt neue Wellen. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung und angesichts überwältigender Tatsachen mußte Prinz Bernhard der Niederlande seine Bestechlichkeit öffentlich zugeben. Der korrupte ehemalige japanische Premierminister Tanaka wanderte sogar ins Gefängnis — natürlich nicht wegen des Gerechtigkeitssinns der japanischen Regierung oder Justiz, sondern weil in der japanischen Regierungspartei ein Machtkampf verschiedener Cliquen tobt, dessen Opfer Tanaka wurde. Und Franz-Josef Strauß? Hat er nicht auch, wie viele seiner Amtskollegen, freudig die Hand aufgehalten, um die Lockheed-Millionen zu kassieren? 10 Millionen waren es in den Jahren 1962 - 1966 mindestens.

Im Falle eines Wahlsieges der CDU/CSU winkt Franz-Josef Strauß das Amt des Bundesfinanzministers und Vizekanzlers dazu.

Natürlich dementiert Strauß. Glaubt man ihm, ist seine Weste, wie immer, „sauber". Aber mit der Glaubwürdigkeit von Strauß ist das so eine Sache. Beispiele für seine „Wahrheitsliebe" gibt es genug. Um nur eines zu nennen: Während der Spiegelaffäre" erklärte Strauß vor dem Bundestag: „Ich habe mit der Sache nichts, im wahrsten Sinne des Wortes, nichts zu tun." Wenig später wußte alle Welt, daß er gelogen hatte. Strauß mußte sogar als Bundesminister seinen Rücktritt einreichen.

Und auch für seine „saubere Weste" ist er hinreichend bekannt. 1957, er war noch nicht einmal ein Jahr als Verteidigungsminister im Amt, bestellte er für die Bundeswehr fast 11.000 Schützenpanzer „HS 30" bei der Schweizer Firma „Hispano Suiza". Der „HS 30" wurde, obwohl das Verteidigungsministerium fast 205 Mio. DM im voraus bezahlte, nie gebaut. Vermittler des Geschäfts war das damalige CDU-Fraktionsvorstandsmitglied Otto Lenz, der für seine „Vermittlung" von der Schweizer Firma 3 Millionen erhielt. Später enthüllte der ehemalige Reichsminister der Weimarer Zeit, Treviranus, daß insgesamt sogar 18 Millionen DM Bestechungsgelder gezahlt worden waren.

Ebenfalls in dieser Zeit protegierte Strauß einen Bekannten seiner Frau: „Onkel Aloys" Brandenstein, der schnell zu einem millionenschweren Waffenhändler wurde und mit Strauß in enger Verbindung stand.

In den Jahren 1959 und 1960 war Strauß schließlich an der FIBAG-Affäre beteiligt. Dabei handelte es sich um ein betrügerisches Geschäft bezüglich des Baus von Wohnungen für die US-Besatzungstruppen. Strauß schrieb einen Empfehlungsbrief an den amerikanischen Verteidigungsminister; Straußens Duzfreund Kapfinger erhielt 25% des Kapitals der Betrugsfirma. Ein vom Bonner Parlament eingesetzter Untersuchungsausschuß hat natürlich nicht feststellen können, daß bei diesem Geschäft auch für Strauß etwas abfallen sollte...

Von Fällen dieser Art ließen sich mit Leichtigkeit noch Dutzende weitere aufzählen.

Strauß ist ein besonders hervorragendes Beispiel für die Korruption und moralische Verkommenheit, die in den kapitalistischen Regierungen und bürgerlichen Parteien allenthalben zu finden ist. Es ist deshalb auch keineswegs verwunderlich, daß die Bundesregierung und die SPD/FDP keine Eile zeigen, die Tatsachen über die Lockheed-Bestechungsaffäre ans Tageslicht zu bringen. Im Gegenteil. Erst jetzt wurde ein Staatssekretär in die USA geschickt, um über die Herausgabe der Lockheed-Berichte zu verhandeln. Bundesjustizminister Vogel und SPD-Wehner „warnten" vor voreiligen Schlüssen. Die Devise ist: Nur keinen Staub aufwirbeln, es könnte ja sein, daß im Gegenzug die Opposition den einen oder anderen für die Regierungsparteien unliebsamen Skandal ans Licht zerren könnten.

Mehr noch. Es könnte ja sein, daß allzuviel Staub aufgewirbelt wird, der den Werktätigen in unserem Land den hohen Grad der Entartung der kapitalistischen Gesellschaft, der Verkommenheit des Parlaments und der dort sitzenden „Volksvertreter" deutlich vor Augen führt.

Aus aller Welt

NEUSEELAND

Das neuseeländische Volk protestiert gegen den Besuch eines amerikanischen Atomkreuzers im Hafen von Wellington. Aus diesem Anlaß fanden vor einiger Zeit in verschiedenen Städten des Landes Protestdemonstrationen statt. Die Demonstranten forderten, daß das amerikanische Kriegsschiff „Truxton" sofort die Häfen Neuseelands verläßt und daß Maßnahmen ergriffen werden, um solche Besuche zu unterbinden.

MOSAMBIK

Mosambik hat vor einiger Zeit einen Erlaß verabschiedet, in dem es die 12-Meilen-Zone für seine Territorialgewässer festlegt. In dem Erlaß wird auch betont, daß sich Mosambik die Souveränität über die Wirtschaftsressourcen in einer 200-Seemeilen-Zone vorbehält. „Innerhalb dieser Zone", heißt es in dem Erlaß, „hat Mosambik das souveräne Recht, seine biologischen und nichtbiologischen Naturvorkommen auf dem Grund der See, des Ozeans usw. zu entwickeln, zu entdecken, zu wahren und zu verwalten."

OSTTIMOR

Heftige Kämpfe fanden in den letzten Tagen in den ländlichen Gebieten Osttimors statt. Dabei wurden von den Patrioten 42 indonesische Besatzer getötet und Dutzende weitere verletzt, abgesehen von den großen Verlusten an Munition und Kriegsgeräten.

AUSTRALIEN

Am 25. August traten 6000 Arbeiter der Elektrizitätswerke im australischen Bundesstaat Victoria in den Streik. Sie kämpften unter anderem für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, sichere Arbeitsplätze und andere Forderungen. Der Streik hat zum völligen Stillstand von 70% aller Betriebe und von 100% aller Straßenbahnen und Züge in Victoria geführt. 300000 Arbeiter mußten ihre Arbeit niederlegen. Die Regierung befahl, den Energieverbrauch drastisch einzuschränken. Ähnliche Streiks wurden auch von den Arbeitern der Elektrizitätswerke in Südaustralien und Tasmanien durchgeführt. Inzwischen sind auch 6000 Werftarbeiter in den Streik getreten, um gegen die Schiffbaupolitik der australischen Regierung zu protestieren.

PALÄSTINA

In den besetzten arabischen Gebieten greifen die israelischen Zionisten weiter zu Gewalt und Terror, um die arabischen Einwohner zu zwingen, ihre Häuser zu verlassen. Dazu benutzen sie auch verschiedene Erpressungsmanöver wie das Verbot der Lieferung von Nahrungsmitteln und Kleidung für die arabischen Dorfbewohner und die Auferlegung schwerer Steuern für den Gebrauch von Trinkwasser und für Bewässerung. So verlangten die israelischen Zionisten in letzter Zeit von den Bewohnern des Dorfes Abu Dis eine Steuer von 39000 Pfund Sterling für die Verwendung von Wasser. Falls die Bewohner die Steuern nicht bezahlen sollten, drohten sie u.a. mit einer Beschlagnahme ihres Eigentums. Darüberhinaus ist die Belieferung dieses Dorfes mit Wasser unterbrochen worden.

USA

In den USA ist nach vierwöchigem Kampf der große spontane Streik der Bergarbeiter beendet worden. Über 119000 Arbeiter beteiligten sich an diesem Kampf gegen die Kohlekapitalisten, die Gerichte, die den Streik durch ihre Beschlüsse zu stoppen versuchten und die reformistische Führung der Bergarbeitergewerkschaft. Aus Protest gegen die Zusammenarbeit der Behörden und der Kapitalisten während einer Auseinandersetzung zwischen der Betriebsleitung der „Cedar-Coalmine" und der örtlichen Gewerkschaftsorganisation, traten die Arbeiter dieser Grube in den Streik. Als ein Bezirksgericht die Beendigung des Streiks forderte und die örtliche Gewerkschaftsorganisation zu einer Strafe von 50000 Dollar plus weitere 25000 Dollar für jeden weiteren Streiktag verurteilte, schlossen sich die Bergarbeiter überall im Land dem Streik an. Während des Streiks mußten die Arbeiter einen harten Kampf gegen die Gewerkschaftsführer führen, die den Streik als „überflüssig und gefährlich" bezeichneten. Sie organisierten sogar eine Versammlung gegen den Streik. Aber die Arbeiter, die zu dieser Versammlung kamen, verwandelten sie in eine echte Streikversammlung. „Wofür brauchen wir eine Gewerkschaft, wenn sie sich gegen uns stellt", kommentierte ein altes Gewerkschaftsmitglied den Verrat der Bonzen. Infolge des entschlossenen Kampfes der Arbeiter endete der Streik schließlich mit einem Erfolg: Das Bezirksgericht nahm die verhängten Strafen zurück.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES DEMOKRATISCHEN KAMPUCHEA

Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMPUCHEA

THAILAND

Der Sender „Stimme des thailändischen Volkes" sendete am 5. August ein Kommunique, demzufolge die Volksstreitkräfte den Volkskrieg entschlossen und beharrlich fortsetzen und einen Sieg nach dem anderen erringen. In elf Monaten (bis Ende Juni) machten sie über 2.000 Regierungssoldaten kampfunfähig, erbeuteten 436 Waffen verschiedener Gattungen und schossen 39 Flugzeuge und Hubschrauber ab. Die Volksstreitkräfte verstärkten auch ihre Bemühungen, die Massen zu mobilisieren, zu organisieren und zu bewaffnen. Besonders in der letzten Zeit fanden heftige Kämpfe statt. Die patriotischen Kräfte, die im Norden des Landes operieren, führten einen schweren Angriff auf die Regierungstruppen durch, die an einer Unterdrückungs- und Einkreisungsoperation teilnahmen. Sie lockten etwa 100 feindliche Fallschirmjäger, die ihren Kameraden zu Hilfe eilen wollten, in eine Falle und umzingelten sie. Bei diesen Kämpfen hatte der Feind 36 Tote. Die Erfolge der von der KP Thailands geführten Volksstreitkräfte sind ein weiterer Beweis für die Überlegenheit ihres Kampfes, der auf den Prinzipien des Volkskrieges beruht.

KAMBODSCHA

Laut einer Meldung von Radio Demokratisches Kambodscha steigern die kambodschanischen Werktätigen in einer Reihe Industriezweige die Produktion. So haben die Werktätigen des mechanischen Werkes in Bei Nale eine große Anzahl Pumpen für die Landwirtschaft und Ersatzteile für verschiedene Landmaschinen hergestellt. In der Taschenfabrik in Battambang stellen die Werktätigen etwa 10000 Taschen am Tag mit reparierten und selbstgefertigten Maschinen her. Auch in der Nahrungsmittelindustrie in Battambang und in anderen Provinzen des Landes haben die kambodschanischen Werktätigen die Produktion verschiedener Artikel gesteigert.

VANGUARDIA OBRERA SEMANAL
Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS, UNI-VOS!
BANDEIRA VERMELHA
ORGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUIDO)
Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die ,,Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus'' (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien
PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità

Türkei
HALKIN SESİ 42

Neuerscheinung im Rotfront-Verlag

"Stürmische Jahre"

Im Rotfront-Verlag ist im Rahmen einer neuen Buchreihe mit revolutionären Romanen, Kurzgeschichten und Reportagen eine Sammlung von Kurzgeschichten aus der Volksrepublik Albanien mit dem Titel „Stürmische Jahre" erschienen. Der Verlag schreibt dazu in einer Vorbemerkung:

„Mit der Sammlung albanischer Kurzgeschichten „Stürmische Jahre" eröffnen wir eine neue Reihe von Sammlungen revolutionärer Kurzerzählungen, Reportagen und Romanen aus der internationalen Arbeiterbewegung.

Der vorliegende erste Band „Stürmische Jahre" enthält 21 Kurzgeschichten und Reportagen aus der Volksrepublik Albanien. Sie bilden eine kleine Auswahl aus dem großen Schatz der neuen albanischen Literatur des sozialistischen Realismus. (...)

Die Literatur der Volksrepublik Albanien ist ... eine Literatur mit hohem politischem und künstlerischem Niveau, das ihr Weltgeltung verleiht. Während die sogenannte „moderne Literatur" im Westen genauso wie die in den von den Revisionisten beherrschten Ländern des Ostblocks sich gegenseitig in Dekadenz, Banalität, leerem Pessimismus und pornographischen Exzessen zu überbieten versucht und einzig dem Zweck dient, die geistigen und moralischen Werte des Volkes zu zersetzen, seine fortschrittliche und revolutionäre Nationalkultur zu vernichten und die werktätigen Menschen vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten, ist die albanische Literatur von völlig anderer Art.

Bei ihrer Reichhaltigkeit und Vielfalt in Stil und Gegenstand ist allen ihren Werken, so auch den vorliegenden, eines gemeinsam: Sie spiegeln den Kampf und den Siegeszug des albanischen Volkes wider, das sich unter Führung seiner kommunistischen Partei im Kampf erhob, die italienischen und deutschen Besatzer verjagte, die Herrschaft der einheimischen Reaktionäre zerschlug und zum ersten Mal nach mehr als fünf Jahrhunderten der Unterdrückung, Ausbeutung und Fremdherrschaft sein Schicksal selbst in die Hand nahm und nach dem Sieg im nationalen Befreiungskampf die Volksmacht errichtete. Ein Teil der vorliegenden Kurzgeschichten hat die „stürmischen Jahre" des Nationalen Befreiungskampfes zum Gegenstand. Ein weiterer Teil gestaltet einige Aspekte des neuen Lebens des albanischen Volkes unter der Diktatur des Proletariats, den heutigen Kampf des albanischen Proletariats, der Werktätigen und ihrer Partei der Arbeit und die Schaffung des „neuen Menschen", der, erfüllt von den hohen revolutionären Idealen der Freiheit und des Sozialismus, im Kampf steht für den weiteren Aufbau des Sozialismus, einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, ohne die Fesseln und Krankheiten der alten kapitalistischen Gesellschaft.

Bei diesem Kampf spielt die Literatur und Kunst in der Volksrepublik Albanien, dem einzigen sozialistischen Land Europas, eine wichtige Rolle. Dafür schafft die im Anhang abgedruckte Rede Genossen Enver Hoxhas, des 1. Sekretärs des ZK der Partei der Arbeit Albaniens, ein tiefes und umfassendes Verständnis. „Die Schriftsteller und Künstler sind Helfer der Partei bei der kommunistischen Erziehung der werktätigen Massen" — dieser Titel der Rede Enver Hoxhas ist das Leitmotiv für die Arbeit der albanischen Schriftsteller. Entsprechend dem Charakter und den Aufgaben der albanischen Literatur sind auch ihre Schöpfer Künstler eines neuen Typs. Keine weltferne „Elite", vom Volk und der Arbeit isoliert, sondern selbst Werktätige, Kämpfer in den Fabriken, LPGs und Wohnvierteln, die das Leben und die Arbeit des Volkes teilen, von ihm lernen und seine Ideale und Ziele in ihren Werken gestalten.

Enver Hoxha schrieb vor zwei Jahren: „Wenn die Ausländer gut übersetzte Gedichte oder Prosawerke unserer Dichter und Schriftsteller erhalten, werden sie viele Seiten des materiellen und geistigen Lebens unseres Volkes, das das neue Leben, die wahre sozialistische Gesellschaft aufbaut, kennenlernen und entdecken." Der vorliegende Band versteht sich als ein kleiner Beitrag dazu."

Im folgenden drucken wir als Leseprobe die Geschichte „Der Fehler des MG-Schützen" von Faik Ballanca aus der Sammlung „Stürmische Jahre" ab.



„Stürmische Jahre" — albanische Kurzgeschichten
broschiert, mit vielen Illustrationen, 196 Seiten, Preis DM 6,80
Zu bestellen bei:
ROTFRONT-VERLAG, 2300 Kiel, Postfach 3746,
Tel.: 0431 / 6 19 06

Der Fehler des MG-Schützen

Faik Ballanca

Jeder kann einmal etwas falsch machen. Sogar unser MG-Schütze machte einmal einen Fehler. Es war jedoch ein großer Fehler, der ihm teuer zu stehen kam.

Ich sehe sie noch heute vor mir. Wenn ich daran denke, kommt mir die Welt nur schwarz-weiß vor, ohne Farben: auf der einen Seite er, der MG-Schütze, auf der anderen der Nazi Messerscharf.

Er war treu bis in den Tod, unser MG-Schütze. Hatte er einmal sein Wort gegeben, so war er imstande, mitten auf dem Markt einen zu packen und zu sagen:

„Du mußt jetzt vor dem Volk über deine Verbrechen Rechenschaft ablegen. Die Partei hat dich zum Tode verurteilt..."

Er schreckte vor nichts zurück. Anschließend bestieg er sein Fahrrad und kehrte in die Berge zurück.

Er war hochgewachsen, gewandt, lebhaft. Er hatte ein junges Gesicht, mit schönen feinen Augenbrauen. Das dichte Haar war in der Mitte gescheitelt. Er ging immer ganz vorne, das MG der Kompanie geschultert. Die Hose steckte er stets in die langen, dunklen Strümpfe. Über dem Hemd trug er eine rot-schwarz karierte Wollweste.

Nie trennte er sich von seinem MG, auch nicht, als er Kompaniekommandeur wurde und etwa 50 Mann unter seinem Befehl hatte. Um das MG sorgte er sich wie um ein Kind. Er putzte und ölte es häufig. Wir hatten ihm den Beinamen MG-Schütze gegeben. Wir nannten ihn nur noch den MG-Schützen. Es war ein schöner Name für ihn.

Nur dann, wenn er ganz selten einmal in die Stadt ging, vertraute er uns sein MG an. Er bestieg dann sein Fahrrad, das er in einem sicheren Versteck an der Landstraße ließ, und steckte die Pistole unters Hemd.

Wenn er zurückkehrte, lächelte er, und wir wußten, er hatte wieder Erfolg gehabt.

Er war kaltblütig, und die Partisanen hätten ihren Kopf für ihn hingegeben. Nur an jenem Tag stritt er sich mit Xhemal. Sie hatten nämlich einem zehn Mann starken deutschen Trupp einen Hinterhalt gestellt. Dieser Trupp war oft in die Dörfer gekommen, hatte dort Informationen über die Partisanen gesammelt, geplündert und gemordet, ehe er schließlich wieder in die Kaserne zurückkehrte.

Sie hatten dem Trupp aufgelauert, und der MG-Schütze drückte auf den Abzug seines MG. Während Kühe, Hühner und Schafe lärmend den Hügel hinunterrannten, mußten neun Nazis ins Gras beißen. Der zehnte hatte sich ergeben. Es war ein junger Bursche, 19 Jahre alt, blond, mit schlangenförmigen Augenbrauen. Mit bebender Stimme sagte er:

„Ich bin Österreicher, heiße Messerscharf. Töte mich nicht! Ich komme mit euch, will Partisan sein."

Seine Augenbrauen zuckten und ringelten sich wie Schlangen. Anscheinend war es sein erstes Gefecht gewesen, darum hatte er Mitleid mit ihm. Denn die Deutschen ergaben sich sonst nicht so leicht. Xhemal hatte lange widersprochen, doch Messerscharf blieb am Leben.

Die SS-Abzeichen hatten sie nicht gekannt.

Dem MG-Schützen der Kompanie widersprach niemand. Auch Xhemal, der sein enger Freund war, gab schließlich nach.


Zeichnung von Zef Shoshi

Er sagte nichts mehr, sondern schritt finster neben ihm, und nur hin und wieder brummte er etwas Unverständliches in sich hinein, so als wollte er sagen:

„Es wäre besser gewesen, wir hätten den auch erledigt, MG-Schütze!"

Doch der MG-Schütze suchte die Waffen der Toten zusammen und ging voraus.

Sie gingen den Bergpfad hinauf. Zwischen Xhemal und dem MG-Schützen ging der Nazi.

„Hör' zu, Xhemal", sagte der MG-Schütze auf einmal, als wollte er sich entschuldigen. „Wir können es doch versuchen. Vielleicht können wir ihn später einmal brauchen. Er wird uns seine Sprache beibringen, und wir werden es bei den Aktionen in der Stadt leichter haben. Er ist noch sehr jung."

So blieb Messerscharf bei uns. Er gewöhnte sich bald an unser Leben. Er ging mit uns von einem Dorf ins andere, von einem Stützpunkt zum anderen. Er aß und trank mit uns, schlief wie wir. Er sang sogar sehr schön unsere Partisanenlieder. Auch einen Roten Stern hatte er sich an die Kappe genäht.

Der MG-Schütze hielt ihn stets in seiner Nähe. Messerscharf begann, ihm die deutsche Sprache beizubringen:

„Ich bin Partisan, du bist Partisan, er ist Partisan."

Unser MG-Schütze träumte tatsächlich davon, sich mit Hilfe dieses jungen Mannes in die Reihen des Feindes einzuschleusen. Er hatte bei den Aktionen immer viel Phantasie gezeigt. Dieses Mal hoffte er etwas Großes zu leisten, obwohl er mit niemandem darüber gesprochen hatte.

Der Nazi lebte unter uns, und man konnte ihn von den Partisanen nicht mehr unterscheiden. Nur eine Waffe hatten wir ihm noch nicht gegeben.

Unser „Versorgungsoffizier", ein Lyzeumschüler aus Korça, konnte diesen blonden Burschen mit den geringelten Augenbrauen nicht leiden.

„Wer weiß, ob er wirklich Österreicher ist. Er kann auch nur geschwindelt haben", sagte er mißtrauisch.

Messerscharf sagte nichts. Er stand immer beim MG-Schützen und gab ihm Deutschunterricht. Den Bauern gegenüber, die uns Unterkunft gaben, war er stets höflich und anständig. Und alle begannen, ihn zu achten, auch Dino und Alberto, die beiden Italiener, die in unserer Kompanie kämpften.

Wie hätten sie sich auch die Wahrheit vorstellen können! Der MG-Schütze hielt ihn stets in seiner Nähe, und die Bauern glaubten, er sei ein ehemaliger italienischer Soldat, der zu uns übergelaufen war.

Er nahm ihn auch überallhin mit. In jener Nacht war es stockfinster.

Wir schossen auf die feindliche Autokolonne und kämpften zwei Stunden lang, bis die Gewehrläufe glühten.

Plötzlich war Messerscharf verschwunden. Als die Namen aufgerufen wurden, war er nicht da, und ich hatte den Eindruck, unser „Versorgungsoffizier" atmete erleichtert auf.

Der MG-Schütze und Xhemal gingen ihn suchen, um ihn zu beerdigen. Sie fanden ihn aber nicht.

Beide blickten finster, als sie zurückkehrten. Sie sprachen nie wieder von ihm.

Niemand sprach mehr von ihm. Nur die Bauern flüsterten hin und wieder untereinander. Sie erzählten, in der Stadt wäre ein Deutscher, ein blonder Junge, aufgetaucht und hätte auf dem Marktplatz Bauern verhaftet.

Wir wollten diesem Gerücht nicht glauben. Doch die Wahrheit war noch bitterer.

Messerscharf war entkommen, und er kannte jetzt alle unsere Stützpunkte. Er verhaftete Bauern und brannte ihre Häuser nieder.

Er steckte die Häuser in Brand, in denen man ihn beherbergt hatte und ihm zu essen gegeben hatte.

Zwischen den Augenbrauen des MG-Schützen lag jetzt stets eine tiefe Falte. Er wagte nicht mehr, seinen Genossen in die Augen zu schauen. Er wurde schweigsam. Der Haß verzehrte ihn.

Immer öfter ging er jetzt in die Stadt hinunter. Er schwang sich auf sein Fahrrad, steckte die Pistole unter die schwarz-rot karierte Weste und suchte. Er hatte aber keinen Erfolg... Einmal kehrte er mit zerschossener Schulter zurück. Da verboten ihm die Genossen, wieder in die Stadt zu gehen.

Nun trug er das MG auf der linken Schulter und sprach nicht. Trotz der starken Schmerzen ruhte er sich nie wegen der Wunde aus. Den größten Schmerz hatte ihm Messerscharfs Verrat verursacht, die niedergebrannten Häuser der Bauern, die uns Brot gegeben hatten.

„Keine Sorge", sagte Xhemal immer wieder. „Du brauchst ihn nicht in der Stadt zu suchen; er wird wieder herkommen und hier wird er alles zahlen müssen."

So vergingen zwei ganze Wochen und der MG-Schütze konnte keine Ruhe finden. Die Wunde an seiner Schulter schloß sich. Doch die Wunde in seinem Herzen wurde immer größer und schmerzte.

Immer wieder tauchten deutsche Trupps mit Messerscharf auf und töteten die Bauern. Wir eilten hin, doch oft kamen wir zu spät, denn sie kannten alle Pfade und liefen schnell, hinterlistig, bei Nacht, wie Füchse.

Sie waren schwerbewaffnet, mordeten und brannten.

Eines Morgens standen wir besonders früh auf. Mustafa kam und berichtete, die Deutschen seien in die Schlucht eingedrungen, ganz in der Nähe des Dorfes.

Der MG-Schütze sprang auf und eilte zum Beobachtungsposten. Unglaublich! Wie konnten sie nur unbemerkt so weit vorgedrungen sein. Die Posten auf der anderen Seite des Berges hätten sie bemerken müssen. Nur ein ortskundiger Bauer hätte sich so unbemerkt einschleichen können.

„Messerscharf!" Wie ein Blitz schoß dieser Gedanke durch den Kopf des MG-Schützen.

Wir erreichten die Höhe über der Schlucht in einem Atemzug und erblickten die Nazis zu unseren Füßen.

Der MG-Schütze riß irgendwem die Tasche mit den Handgranaten aus der Hand und schleuderte sie eine nach der anderen auf die nahe beieinanderstehenden Deutschen.

Diese rannten in Panik auseinander. Wir feuerten weiter. Der MG-Schütze ließ seinen ganzen Haß aus. Er feuerte und feuerte, bis er die Waffe nicht mehr in der Hand halten konnte.

Die Deutschen wurden geschlagen. Einige rannten davon, wir verfolgten sie. Messerscharf verteidigte sich geschickt. Er hatte zwischen den Felsen Stellung genommen, stand dort allein und ließ niemanden näher kommen.

Es war eine glänzende Stellung, von der aus ein Mann allein alle Pfade verteidigen konnte, wenn er nur genug Munition hatte. Er kannte diese Stellung gut. Er hatte sie gewählt, weil er ganz genau wußte, daß ihn unsere Kugeln dort nicht erreichen konnten.

Seine Augenbrauen zuckten wie Schlangen. Seine Augen suchten das Ziel, und er schoß unentwegt.

Er tötete einen Partisanen und verwundete einen weiteren. Er wollte seine Haut teuer verkaufen. Er kämpfte auf Leben und Tod. Unsere Granaten und Kugeln trafen ihn nicht, er wußte seine Stellung gut auszunutzen. Und er kannte den Partisanenkampf.

Es waren Augenblicke der Qual für uns. Noch mehr Genossen konnten getötet werden. Wir konnten Messerscharf nicht treffen, Der MG-Schütze schoß weiter. Dann machte er auch von seinen Deutschkenntnissen Gebrauch. Er rief:

„Ergib dich. Du bist allein." Und feuerte weiter.

Messerscharf wußte, was er zu erwarten hatte. Er hatte sich in dieser Stellung, von der aus er alles beherrschen konnte, zusammengekauert und feuerte bei jeder unserer Bewegungen.

Da entschloß sich unser MG-Schütze, wie immer, plötzlich. Wir schossen weiter auf die Nazis, während der MG-Schütze den steilen Felshang hinaufkletterte. Unter seiner rot-schwarz karierten Weste trug er seine Pistole. Wir ließen Messerscharf keine Ruhe. Er konnte den MG-Schützen nicht sehen.

Dieser kletterte wie eine Katze hinauf. Es war eine schwierige Kletterpartie unter unseren Kugeln und denen der Nazisoldaten. Doch er kletterte weiter.

Neben mir stöhnte Xhemal. Er wollte etwas zu rauchen. Er war verwundet; trotzdem wandte er den Blick keinen Moment von seinem Genossen ab.

Manchmal glaubte ich schon, er würde stürzen. Ich hatte dann jedesmal das Gefühl, ich müßte ihn stützen. Er stürzte aber nicht. Er kletterte auf Händen und Füßen.

Und wir schossen weiter.

Konnte unser MG-Schütze überhaupt stürzen?! Unter seiner rot-schwarz karierten Weste trug er doch die Pistole, und unter der Pistole schlug sein Herz.

Er erreichte schließlich die Spitze. Wir stellten das Feuer ein. Eine schwere Ruhe lag über dem Tal, als unsere Waffen schwiegen. Von der Spitze des Felsens warf er sich auf den Nazisoldaten.

Ein schauderhafter Schrei erhallte. Der Nazi brüllte. Ein ganzes Magazin wurde entladen.

Als wir hinaufkamen, fanden wir sie, den einen auf dem anderen. Beide tot. Der MG-Schütze hatte seine Pistole nicht gebraucht. Er hatte den anderen an der Kehle gepackt.

Sein Blick war außergewöhnlich ruhig. Es schien, als wollte er sagen: „Messerscharf, ich wußte doch, du würdest hier für alles bezahlen. Hier auf dieser Erde, in der Nähe unserer Häuser, der Häuser, die du verbrannt hast, und in der Nähe der Menschen, unter denen du Tod gesät hast, die nie vergessen werden."